

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst B. B. Magdeburg. — Druck und Verlag: von M. J. J. Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. Für die Redaktion 1916, für den Verlag und die Druckerei 201. — Zeitungspreisliste Seite 418.

Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Postung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Anzeigenstellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk., ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inseratsgebühren: die Tagesblätter 20 Pf., Sonntagsblätter 30 Pf., bei Bezahlung in Vorauszahlung 10 Pf. — Postfach: Nr. 5559 Berlin. — Gewässer: Abgabe kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Erscheinen der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 114.

Magdeburg, Dienstag den 16. Mai 1916.

27. Jahrgang.

Das letzte Mittel.

In ruhigeren Zeiten hätte die Presse die Persönlichkeit und die Tätigkeit des Staatssekretärs Delbrück bei seinem Ausscheiden aus dem Amt in spaltenlangen Artikeln gewürdigt. Heute Zeit, die mehr den Vernunft hat, Geschichte zu machen als sie zu schreiben, beschränkt sich lieber auf kurze Würdigung und Erinnerung. Herr Delbrücks Arbeitseifer und sein guter Wille, seine Kenntnisse und seine Tätigkeit werden überall anerkannt. Überall kommt aber auch die Meinung zum Ausdruck, daß Herr Delbrück nie ein Mann des großen zielbewußten Willens und des entscheidenden Handelns gewesen ist. Er war ein Minister, der die gegebenen Machtverhältnisse genau kannte, sich nach ihnen einrichtete, und sich mit Redlichkeit bemühte, in schmiegsamer Anpassung an sie etwas Brauchbares zu schaffen. So übertrug sich die Unzufriedenheit, die jede Partei mit sich selber empfindet, auf den scheidenden Staatsmann: was getan oder unterlassen zu haben sie ihm vorwirft, erklärt sich im Grunde aus ihrem eignen Mangel an Macht.

Man richtet sich alle Blide auf den leer gewordenen Platz; mehr aber als mit der Frage, wer ihn ausfüllen soll, beschäftigt man sich mit der Zukunft des Amtes selbst, dessen Tätigkeit durch den Krieg eine vorher kaum gekannte Bedeutung erlangt hat. In Friedenszeiten hätte man sich vor allem gefragt, wie sich das Amt unter der neuen Leitung in handelspolitischer und sozialpolitischer Beziehung orientieren würde. Heute treten aber diese Fragen weit in den Hintergrund neben der großen Aufgabe, die die öffentliche Meinung mit einstimmiger dem Reichsamt des Innern zuweist: den Lebensmittelmarkt von der Anarchie, die noch immer auf ihm herrscht, zu befreien und die geordnete Ernährung der Massen sicherzustellen. Was früher Zukunftsziele war, Produktion und Verbrauch durch staatliche Zentralverwaltung zu regeln, und damit ein besseres Dasein des Volkes zu ermöglichen, das ist im Kriege

brennende Gegenwartsforderung

geworden, nicht um des Besserlebens, sondern um des nackten Daseins willen.

Weil die Aufgaben des Reichsamts des Innern unübersehbar groß geworden sind, spricht man von einer Teilung des Amtes und der Abzweigung einer Wirtschaftszentrale, die unter diktatorischer Vollmacht ihres Leiters gestellt sein soll. Der „Nöln. Ztg.“ wird bereits aus Berlin offenbar von einer den amtlichen Stellen nahestehenden Seite gemeldet:

Es sind Vorbereitungen im Gange, deren Ziel die völlige Vereinheitlichung aller auf die Volksernährung bezüglichen Maßnahmen ist. Diese Ver-

einheitlichung wäre im Grunde so zu denken, daß die Handhabung der gesamten Maßnahmen an eine einzige Persönlichkeit übertragen wird, von deren zielbewußter Tatkraft man die rücksichtslos strengste Durchführung der ihr zu übertragenden umfassenden Aufgaben erwarten kann. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Entscheidung darüber bereits in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine Diktatur, die das Amt und seinen Träger über die verfassungsmäßigen Zustände des Reiches, über den Reichstag, den Bundesrat und den verantwortlichen Reichskanzler, emporheben soll. Sondern es handelt sich um die Schaffung einer Zentrale, die die von oben nach unten durchgreifend wirkt und in ihrer Tätigkeit weder durch partikularstaatliche noch durch kommunalpolitische Schwierigkeiten gehemmt wird. Die Regierungen der Einzelstaaten und die Gemeindeverwaltungen sollen die ausführenden Organe dieser Zentrale sein, und nicht nur der gesamte zivile Verwaltungsapparat einschließlich der Polizei, sondern auch die militärische Assistenten sollen zu ihrer Verfügung gehalten werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist es ziemlich gleichgültig, ob der Leiter des Amtes dem Zivilbeamtenstand oder dem Militär entnommen wird: Hauptsache ist, daß er weiß, was er will, und daß er organisieren kann.

Der Organisationsplan hat

bei der Produktion selbst zu beginnen.

Für das kommende Wirtschaftsjahr sind der Landwirtschaft bezirksweise die ihr zukommenden Leistungen zuzuweisen, so daß die Summe der Leistungen die Deckung des vorausgesehenen Gesamtbedarfs ermöglicht. Die Verteilung der Produkte muß auf dem kürzesten und billigsten Wege unter tüchtigster Ausschaltung jedes Zwischenhandels erfolgen. Hat die staatliche Verwaltung die Regelung der Produktion und die Verteilung der Produkte zu besorgen, so ist es dann Sache der Gemeindeverwaltung, diese Produkte in möglichst verbrauchsfähigem Zustand an die Verbraucher zu bringen. Der ganze Weg aber von der Ackerfurche und vom Stalle bis zur Kleinverteilung und zur Küche für alle steht unter der Aufsicht der Zentrale selbst.

Das sind kühne Vorschläge, wie sie zu Friedenszeiten auch ein Sozialist für die unmittelbare Gegenwart kaum gewagt hätte. Heute sind sie geistiges Allgemeinut der Gesamtheit, unmittelbar zwingende Gegenwartsforderungen geworden, denn das Gefühl ist allgemein, daß es so wie bisher nicht weitergeht. Es geht nicht weiter mit Bundesratsverordnungen, die von Land zu Land, von Stadt zu Stadt verschiedene Auslegung und Durchführung finden. Es geht

nicht weiter mit einem System, das es jeder Instanz ermöglicht, die Schuld an allgemein empfundenen Mängeln einer anderen Instanz aufzubürden. Es ist

unmöglich, auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Hat man sich einmal zu tief einschneidenden Maßregeln entschlossen, dann muß das Reich schließlich die Verantwortung für den gesamten Wirtschaftsprozess übernehmen.

Daß Herr Delbrück, der nicht wegen einer Ministerverantwortlichkeit, sondern wegen eines wirklichen ersten Leidens aus dem Amte geschieden ist, nicht der Mann war, eine solche Lebensmittel-diktatur in die Hand zu nehmen, wird allgemein anerkannt. Jetzt wird darüber gestritten, wo der geeignete Mann dazu zu finden ist. Von einem Zivilbeamten erwartet man tiefere Kenntnis des gesamten komplizierten Wirtschaftsgewebes, von einem General unbekümmerteren Blick für große staatliche Notwendigkeiten und energischeres Zugreifen. Der Mann, der das Amt richtig verwalten soll, muß aber beide Eigenschaften miteinander verbinden. Das schlimmste wäre es, wenn man die Personalfrage rein formal lösen, einen General neben einen Zivilbeamten, einen Brack neben die Uniform setzen wollte. Dadurch würde nur noch mehr Zersplitterung und Verwirrung gestiftet. Es ist aber notwendig, endlich einmal genau zu wissen, wer im deutschen Hause Koch und wer Kellerer ist.

Neben der großen Lebensmittelfrage, die einem besonderen Amt übertragen werden soll, bleiben aber dem Reichsamt des Innern noch eine

ganze Reihe äußerst wichtiger Aufgaben.

Dazu gehört die Durchführung einer wenigstens notwendigen Sozialpolitik auch im Kriege, die Behandlung der bei Friedensschluß zu erledigenden handelspolitischen Fragen, vor allem aber die Vorbereitung der Maßnahmen, die notwendig sind, um die Volkswirtschaft ohne Katastrophen aus dem Krieg in den Friedenszustand überzuführen: Vereinheitlichung des Stellennachweises und Arbeitslosenversicherung. Mit diesen Aufgaben bleibt das Reichsamt des Innern auf dem Gebiet, das auch in Friedenszeiten seine eigentliche Domäne gewesen ist. Aber auch sie sind heute nicht durch peinliches Abwägen der gegebenen Machtverhältnisse, nicht durch halbe Zugeständnisse und Kompromisse, sondern nur nach Gesichtspunkten der großen Staats- und Volksnotwendigkeiten zu regeln. Auch hier wird ein Mann gebraucht, der etwas Großes schafft, etwas Ganzes durchsetzen will! —

Der Berg der Blitze.

Der italienische Publizist Luigi Varzini macht in seinem letzten Bericht von der Front im „Corriere della Sera“ das unwillkommene Geständnis, daß der Krieg mit den Bergen den Italienern mehr Menschenleben kostete als der Krieg mit dem eigentlichen Feind, und Italien deshalb das einzige Land sei, wo der Tod reichere Ernte in den rückwärtigen Stellungen hält als an der Front. Als Beispiel dafür greift er seine Erlebnisse auf dem „Blitzberg“ heraus.

Dieser Berg steht in dem Rufe, Gewitter zu brauen. Wirklich sind die Tage selten, an denen er sein kühn und absonderlich geschnittenes Profil, dem etwas Menschenähnliches anhaftet, ganz ohne Wolkennähe zeigt. Sein höchster Gipfel, der einsam, steil, überhängend, geradezu schwindelerregend über einem Abgrund von tausendweihundert Metern wie ein schiefer Turm aufragt, der im nächsten Augenblick in die Tiefe fallen wird, steht fast immer in grauen Wolken. Nur hin und wieder, wenn die Nebel reizen, taucht er wie eine flüchtige Vision, wie etwas Wirkliches, grandios und wahrhaftig hoch am Himmel auf.

Sonnenschein lag über den Tälern, in denen es nach Reichen und Abenddämmerung dunkelt, als wir am Fuße des geheimnisvollen Berges anlangten, der wie geschloffen seine Gemäuer trug. Alle Verbindungen mit der Höhe waren abgeschnitten. Die Probantkolonnen hatten ihren Weg zum Gipfel nicht antreten können. Die Lawinen hatten die Wege verperrt, und die

Blitze hatten elf Fernsprechkabeln in den letzten achtundvierzig Stunden zerstört. Mehr als dreihundert Blitze hatten in der einen Nacht auf dem Gipfel eingeschlagen. Aus Gründen, die noch niemand enträtselt hat, ist der Schwarzberg voller Elektrizität wie ein Akkumulator. Zu allen Jahreszeiten kracht dort der Donner.

Er ist der Berg der Blitze.

Man glaubt, daß das mit dem Vorhandensein von magnetischen Eisenerzen zusammenhänge. Auch die eigenartigen Schichtungen des Berges könnten daran schuld sein oder gar die Luft, die von den Stürmen so gewaltig gegen die hartabfallenden Wände gepreßt wird, daß die Reibung Elektrizität erzeugt. Aber noch niemand hat dem Berge das Geheimnis seiner übernatürlichen, phantastischen Kräfte entziffern können.

Der Schnee wirbelt dort oft in dicken Floden unter den schauerlichen Beleuchtungseffekten zuckender Blitze, unter dem Dröhnen der Donner, prasselnder Trümmer, zersplitternder Bäume. Seltsames Wetterleuchten geht an trüben Tagen einen magischen Feuerkreis um den Berg. Blühende Funken sprühen da, blaue Glut entzündet den Himmel, ein phosphoreszierendes Gelb läßt wie kaltes Feuer am Firmament entlaug, überall zuden Strahlen, Blendlichter, die mit den Menschen auf dem Berge gleich zertrüben und Gnomen zu spielen scheinen. Nächste gibt es, da die Felsen selbst zu Licht werden. Jede Spitze, jede

Klippe ist von zitternder Klarheit umflossen. Und wenn ein Stein in den Abgrund rollt, zieht er im Fallen eine bläuglänzende, zackige Bahn.

Keines Menschen Auge sah je diese Wunder, weil niemand inmitten der entfesselten Elemente hier oben gelebt hatte. Erst der Krieg kam dem Zauberspiel des Schwarzbergs auf die Spur, entdeckte die Geisterwelt dieses verherrlichten Gipfels, dessen Fernsicht der Blitz ist.

Mörderisch und gewalttätig sind oft seine Töne, nur bizarr und komisch. Mit besonderer Vorliebe läßt er in seinem Blide die Telephondrähte schmelzen, hackt die Apparate kurz und klein, spaltet die Unterseilabel, von denen man größere Sicherheit als von den Drähten erhoffte, schafft die kuriosen Verbindungen, denen zufolge man plötzlich Unterhaltungen mitanhört, die einen gar nichts angehen, läßt ganze Abteilungen in Ohnmacht fallen, frisst einem Posten die Schuhe ab, läßt die Patronen in der Tasche explodieren, häpft mit Donnerkrachen von Fels zu Fels, von Wand zu Wand und läßt überall grelle Johannisfeuer, blühende Strahlengarben aus der Erde aufschießen: der wahre Höllensputz.

Besonders in Sturm Nächten ist hier oben der Teufel los. Klein und schwach fühlt sich da der Mensch und sieht wortlos und ergeben in die

Giantenschlacht bei Bergblitz.

Von Caporetto war ich nach Duzenica geflogen, der letzten menschlichen Siedlung dieses Berges. Von den unsichtbar bleibenden höheren Missionsstationen, die in den Wolken zu schweben scheinen, gleiten in langsam am Sella rollenden kleinen Karren einer nach dem andern die in der Nacht vom Witz ge-troffenen Soldaten aus der Wolkenregion heraus. Und noch immer dröhnte der Gipfel. Tausendmal wachte ich ihn sich vom reinsten Himmelsblau abheben sehen — er wird mir ewig in der Erinnerung bleiben, wie er gang verfallt, in furcht-gebietendem Dämmer, von Witzern rauchend, vor mir stand.

Ein ganzes Soldatenvolk wimmelt hier in langen Karavanen auf zahllosen Serpentinien, in den Fels gehauenen schwin-delnden Pfaden, bis hinunter zu den breiten Straßen ferner Täler, wo die Eisenbahn beginnt. Und der Wienfleiß all dieser zahllosen Menschenmengen gilt nur den paar Deutschen, die hoch oben im Schnee in ihren Pelzmänteln hocken.

Da lernt man, wenn man das sieht, daß der härteste Kampf nicht in der Frontlinie ist: viel weiter dahinter, wo die steilen

Kamine in die Tiefe stürzen, wo unsichere Schneewächten bei der leichten Belastung mit Donnergetöse in den Abgründen poltern, da muß er ausgeschoben werden. Da kommt es einem zu Bewußtsein, daß der grimmigste Feind, den es zu besiegen gilt, der sich furchtbar und feindlich aufrichtende Berg ist, der uns fallen stellt, und in den Hinterhalt lockt, ganze Züge und Zeltlager unter seinen Lawinen begräbt, die Marschkolonnen vom Weg ablenkt, ihnen Sand in die Augen streut und die erstickten läßt, die nicht wie trocken Reißig von dem Wirbelwind der Winde in den gähnenden Abgrund gerissen werden.

Deshalb braucht der Gebirgskrieg

so ungeheuerliche Massen von Menschen.

Nur dem Feind oben im Wolkentuchelstein ein paar Schiffe zu senden, müssen Pyramiden von Menschen gebaut werden, die auf ihrem Scheitel einen Kämpfer tragen. Ein unübersehbares Gewimmel von Zügen, Kraftfahrzügen, Wagen, Karren, Maul-eseln und Menschen muß in Bewegung gesetzt werden, damit zum Schluß ein paar Träger unter tausend Gefahren, von ihrer Last gebeugt, sich an Drahtseilen zu der auf höchsten Klippe einge-

gradenen Bergwacht hinaufziehen können. Und darum ist das Sterben größer in der Nacht als an der Front.

Aus der kleinen Schutzhütte oben an der Schulter des Berges steigt Rauch auf. Ein paar Soldaten stehen auf der Schwelle und erstatten Meldung: „Dreihundert Schippen haben schon einen Weg durch die gestern gefallene Lawine gebahnt. Die Maulesel stehen auf Posten Nummer acht Bergheil!“ — „Abdieu!“ Und wieder schließt uns Gramen und Einsamkeit ein.

Knechend, pustend, schwitzend folgen die Maulesel mit ihrer Last dem vorangehenden Führer. Mit stummer Treue folgen sie ihm bis in den Tod. Nicht selten brechen sie vor Müdigkeit auf dem Wege zusammen. Oft auch, wenn die aufgeschwemmten Wirtel unversehens sich am Felsen löst, verlieren sie das Gleichgewicht und versinken in Tiefen, wohin ihnen kein Blick folgen kann.

„Rasch, es wird spät!“ Die Schnee-Eisen an die Füße gespannt, rücken wir im Gänsemarsch stufenweise an der Eiswand auf, die sich drohend vor uns aufrichtet. Kreuz- und Quergärten mit Nischen und Abfängen haben hier die Gishaden geschaffen. Die engen und endlosen Gäßchen hinan, erzwingen wir uns den Weg ins Reich des weißen Todes. —

Was der Krieg bringt.

Die Tagesberichte.

Die deutsche Heeresleitung gab am Sonntag folgenden Bericht heraus:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein Erkundungsstруп drang am Floggekert-Wald nördlich Armentières in die feindliche zweite Linie ein, sprengte einen Minenschnitz und führte mit zehn gefangenen Engländern zurück.

In der Gegend von Givenchy-en-Schelle fanden Minensprengungen in der englischen Stellung und für uns erfolgreiche Kämpfe um Graven und Trichter statt.

Auf dem westlichen Masnuser wurde ein gegen die Höhe 304 unternommener französischer Handgranatenangriff abgewiesen. Die gegenseitige Artillerietätigkeit auf beiden Massenuser war lebhaft.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Feindliche Flieger, die auf Mirovca und Duran Bomben abwarfen, wurden durch unser Abwehrfeuer vertrieben.

Der Wiener Bericht bezeichnet am Sonnabend die Lage auf dem russischen und dem Balkan-Kriegsschauplatz als unverändert und sagt am Sonntag, daß sich dort „nichts von Bedeutung“ ereignet habe. Vom italienischen Kriegsschauplatz wird am Sonnabend mitgeteilt: „Am Nordhang des Monte San Michele wiesen unsere Truppen mehrere Angriffe ab. Die Italiener erlitten schwere Verluste. Sonst keine besonderen Ereignisse.“ Am Sonntag hieß es: „Auf der Hochfläche von Doberdo wurde nachts ein heftiger Handgranatenangriff der Italiener westlich von San Martino nach hartnäckigem Kampf abgewiesen. Sonst war die Gefechtsfähigkeit gering.“ —

Sturmangriffe im Kaukasus.

Der amtliche türkische Kriegsbericht vom 30. April türkischer Zeitrechnung bringt folgende Meldungen:

An der Franzosenfront keine Veränderung.

An der Kaukasusfront unternahm der Feind, nachdem er im Zentrum im Abschnitt von Kope aus seinen Stellungen verjagt worden war, am 29. April, indem er seine am 28. April gescheiterte Offensive erneuerte und verstärkte, in fünfmaligem Ansturm eine Reihe von heftigen Angriffen gegen den Berg Kope und gegen den Berg Bahli, der nördlich des Kope gelegen ist, um seine verlorenen Stellungen wieder zu erobern. Alle diese Angriffe wurden durch unsere Gegenangriffe zurückgeschlagen. Das wirksame Feuer unserer Artillerie räumte furchtbar in den Reihen der zurückgehenden feindlichen Kolonnen auf. In diesem Kampf machten wir mehr als 100 Gefangene. Auf den übrigen Abschnitten dieser Front unbedeutende Patrouillengefechte.

Drei feindliche Flugzeuge überflogen gestern die Halbinsel Gallipoli; sie richteten nach Teuedos, als die anfragen erschienen und mit ihnen zusammenzutreffen suchten.

Ein feindlicher Kreuzer versuchte in den Häfen von Sighadjil südlich von der Küste von Br... zu landen, mußte sich aber... nachgeben, nachdem er... Schiffe auf unter Feuer geant... hatte. Drei unserer Geschosse hatten Volltreffer erzielt. Auf den andern Fronten nichts von Bedeutung. —

Kämpfe in Ostafrika.

Dem Kamerunischen Bureau zufolge meldet General Smuts, der englische Oberbefehlshaber in Ostafrika, dröhnend: Die deutschen Truppen entfalteten unter der persönlichen Führung von Lettow-Vorbeck eine bedeutende Tätigkeit bei Kondoa Irangi. Sie versuchten in der Nacht des 9. Mai einen Angriff, dem ein heftiges Bombardement voranging. Sie wurden aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind setzte seine Offensive am 10. und 11. Mai fort. Am letzteren Tage machte er eine letzte Anstrengung gegen den linken britischen Flügel, die aber zurückgeschlagen wurde. Unsere Verluste sind unbedeutend. In einem noch unbestätigten Bericht wird gemeldet, daß belgische Streitkräfte in Ruanda bis Sigali vorgezogen sind, nachdem sie auf schwachen Widerstand gestoßen waren.

Kamerun meldet ferner aus Moschi in Ostafrika vom 11. Mai: Gestern wiederholte der Feind seinen Angriff bei Kondoa Irangi, wobei er sich eines Geschützes vom Kreuzer Königberg bediente. Er wurde infolge der vorzüglichen Haltung unserer Truppen zurückgeschlagen.

50 tote Feinde, darunter 2 Europäer, wurden von unseren Truppen aufgefunden. Die britischen Verluste sind gering. Man vermutet, daß der deutsche Oberkommandierende von Lettow-Vorbeck bei dem Angriff zugegen war. General Vandeventers Geschütze taten ausgezeichnete Dienste. —

Der Seekrieg.

Antisch wird von deutscher Seite mitgeteilt: U-Boot-erfolge im Monat April 1916 sind: 96 feindliche Handelsschiffe mit rund 225 000 Bruttoregister-tonnen durch deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote versenkt oder durch Minen verlorengegangen.

Wie Lloyd's meldet, ist der britische Dampfer „Gretria“ gesunken. Vermutlich wurde er versenkt.

Die englische Admiralität teilt mit, daß das britische Segelschiff „Galgar“ am 6. d. M. von einem deutschen U-Boot 15 Meilen westlich von Duesant torpediert wurde. Zwölf Mann der Besatzung landeten in einem Boot in West, ein zweites Boot mit 13 Mann wird noch vermißt.

Das Postboot „Monegin Wilhelmina“ ist mit einer zweitägigen Verspätung von England in Missingen eingetroffen. Es wurde auf der Höhe von Sunt von einem englischen Torpedoboote mit 30 andern Schiffen angehalten. Dies geschah zu dem Zweck, um den englischen Dampfern Gelegenheit zu geben, das Fahrwasser von den umhertreibenden Minen zu säubern.

Der holländische Dampfer „Babaeng“ mußte auf der Reise von Rotterdam nach Batavia seine Post in England anschießen.

Bewahrt die Treue!

Dem „Proletarier“, dem Organ des Fabrikarbeiter-Verbandes, entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen:

Ich sitze am Schreibtisch und erledige die laufenden Arbeiten. Sie sind anders geworden. So sechhaft war ich früher nicht! Agitation, Lohnbewegungen und dergleichen gibt es kaum, höchstens mit Gefuchen um Zeugnisszulagen tritt man jetzt an die Unternehmer heran; aber auch dabei hapert es oft genug. Soeben schreibt mir ein Unternehmer, er sei nicht in der Lage, Zulagen zu gewähren. Jetzt müßten alle Opfer bringen, nämlich auch die Arbeiter. Herrgott, als ob die Arbeiter nicht immer geopfert hätten! Ja, der Krieg und der Bürgerkrieg! Da heißt es, hinunterschlagen. Wenn nur beide bald vorüber wären. Man spricht ja förmlich in dieser Atmosphäre.

Dabei bringe ich den Krieg selbst nicht aus dem Kopfe. Immer wieder wandern meine Gedanken hinaus zu den Freunden an der Kampffront. Ob sie noch leben? Ob sie gesund wiederkommen? Welche Ideen sie mitbringen werden? usw. So grübelt und spinnst man das Leben dahin und legt sich täglich die alten Schicksalsfragen vor, auf die es doch keine Antwort gibt. Da klopf's an der Tür, und auf mein „Herein“ tritt eine ärmliche Frau ins Bureau.

An ihr ist nichts Besonderes. Schüchtern, abgearbeitet, einfach! Der Typ aller Arbeiterinnen. Auch ihre Trauer-... ist weniger nicht auffallend. Wer trägt jetzt keine Trauerkleider?

Und nun zieht sie, in Zeitungspapier eingewickelt, etwas hervor. Es ist ein Mitgliedsbuch. Wortlos hält sie mir es hin. Ich nehme es und sehe den Namen. Und wie ich ihn lese, da wird er mir bekannt. Ein...er Kollege! Wie ich den nur vergessen konnte! Freilich, der Krieg hat uns so vieles neu gebracht, da vergißt man leicht das Alte. Ich sehe die Frau fragend an, leise sagt sie: „Er ist gestorben.“ „Gefallen?“ „Nein, an einem Herzleiden.“ Beim Durchblättern des Buches finde ich zu meinem Erstaunen, daß der Verstorbene schon seit Kriegsbeginn keine Beiträge mehr zahlte.

Auf meine Frage zuckte die Frau mit den Schultern. „War er lange krank?“ „Nein.“ „Ruh möchte sie Sterbegerelb. Er war ja so lange im Verband, und sie wäre in so großer Not. Ich glaube ihr jedes Wort. Aber der Kollege war längst nicht mehr Mitglied. Wer anderthalb Jahre lang keine Beiträge zahlt, kann keine Unterstützung erhalten. Sie hört mich ruhig an, nicht einmal mit dem Kopfe und geht dann so still wie sie gekommen ist.“

Was die arme Frau nun wohl denken mag? Vielleicht wollte sie für ihre Kinder Brot kaufen für das Geld. Nun ist auch diese Hoffnung dahin. Es betrübte mich, die Frau abzusehen zu müssen, aber was sollte ich sonst machen?

Still ist es wieder im Bureau. Ich hatte noch immer das Buch des Toten in der Hand. 22, 23, 24. So lese ich mechanisch die Zahlen der Beitragsfelder. 31 ist mit einer Marke überstreift. Der Verstorbene hat also genau bis zum Ausbruch des Krieges bezahlt. Am 1. November 1904 war er beigetreten. Dann

Jahre und neun Monate Mitgliedschaft und dann ausgetreten. War es möglich? Dabei war der Kollege kein Unterführungsmitglied.

Das Bild des Verstorbenen taucht vor mir auf. Es ist mir als sähe ich ihn in den Versammlungen vor mir sitzen, wie er in seiner stillen, freundlichen Art lächelnd, mit einem Gesicht, das immer zum Frieden mahnte.

Und nun war er gegangen — gerade als die Einigkeit notwendig war — und dann gestorben. Ich traure trotzdem nicht.

Friedensangebot oder Friedensdiktat?

In zwei diplomatisch abgezwungenen Reichstagsreden hat der Reichskanzler seine Friedenswünsche geäußert, und er hat selbst diese Äußerungen in seiner Note an Wilson als zwei von Deutschland gemachte Friedensangebote bezeichnet. Etwas anders klingt eine Rede, die der Statthalter von Elbaf-Lothringen, Herr von Dallwitz, bei einer Empfangung der Mitglieder der ersten Kammer kürzlich gehalten hat. Da hieß es: „Dem Wunsch, daß es unversäumer bald beschieden sein möge, mit dem Schwere einen ehrenvollen Frieden zu diktieren, bitte ich Ausdruck zu geben durch den Kaiser. Seine Majestät der deutsche Kaiser, hoch!“

Während der Reichskanzler also jetzt schon bereit wäre, einen ehrenvollen, den Bestand des Reiches sichernden Frieden zu schließen, rechnet Herr von Dallwitz mit einer ruhmvollen Friedensdiktat in irgendeiner späteren Zeit. Er hat den Wunsch, daß diese Zeit bald kommen möge, wenn er zugleich zugibt, daß sie noch nicht da ist, er will sich aber offenbar auch damit abfinden, wenn die Zeit nicht kommen soll. So ist der Gegensatz zwischen den Äußerungen des Reichskanzlers und denen des Herrn von Dallwitz offensichtlich, und er fordert zu einigen Nachdenken heraus. Ein Friedensangebot in Ehren jetzt oder ein ruhmvolles Friedensdiktat später, das ist die Frage.

Weider sieht das Ausland und ein Teil des Inlandes die Problemstellung nicht so klar. Die englische und die französische Presse hat die Friedensangebote des Reichskanzlers als eine Aufforderung zur Unterwerfung unterlegen betrachtet und dann von ihrem nationalen Standpunkt aus entsprechend zurückgewiesen. Aber auch im Inland sind es Leute, die der — nach unserer Meinung falschen — Ansicht sind, die deutsche Regierung wolle kein ehrenvolles Friedensangebot, sondern nur ein ruhmvolles Friedensdiktat. Sie werden in der Rede des Herrn von Dallwitz einen zutreffenden Kommentar zu den Äußerungen des Reichskanzlers erblicken wollen als eine zum Ausdruck gebrachte Meinungsverschiedenheit.

Man mag nun das eine oder das andre wollen, klarheiten sind auf alle Fälle gefährlich. Will man den Krieg bis zum ruhmvollen Friedensdiktat, so darf man nicht noch nicht vom Frieden reden. Will man ein ehrenvolles Friedensangebot zum Erfolge führen, so darf man das Ausland nicht glauben lassen, wie wollten ihm einen ehrenvollen Frieden verweigern, darf man auch im Inland nicht die Meinung fördern, wir würden nächsten die ganze Welt gegen eine heilige Koalition, gegen die wir uns siegreich vertheidigen haben, mit einem Rucke vollständig über den Haufen rennen, um ihr dann einen Frieden zu diktieren, der nicht mehr für beide ehrenvoll wäre, sondern für jene in gleichem Maße schmachvoll wie für uns ruhmvoll. Es kann nur das eine oder das andre geben, und man darf auch nicht mit dem einen liebäugeln, wenn man im Grunde doch das andre will. Darum wäre es gut, wenn sich der Reichskanzler bei Gelegenheit noch etwas deutlicher ausdrückte, die jene, denen er bisher noch nicht deutlich genug war. —

Die Zensur.

Die Subkommission des Reichstags hat sich wieder einmal in tagelangen Verhandlungen mit den Zuständen beschäftigt, die durch den Belagerungsstatus und die Zensur im öffentlichen Leben hervorgerufen werden sind.

Es wurden von Mitgliedern aller Parteien die verschiedenen Vorschläge über Zensurmäßigungen vorgebracht, sogar Teile davon der „Deutschen Tageszeitung“ beteiligte, die daran. Doch konnten sich die bürgerlichen Parteien nicht

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. Mai 1916.

Feste Kundenreise im Butterverkauf.

Zur weiteren Regelung des Verkehrs mit Butter schreibt der Magistrat:

Für den Stadtbezirk Magdeburg sind 320 amtliche Butterabgabestellen bestimmt worden, welche durch Anschlag an den Plakatsäulen öffentlich bekanntgegeben werden und außerdem durch einen blauen Aufhäng im Schaufenster und im Innern jedes amtlichen Butter-Verkaufsraums kenntlich gemacht sind. Jeder Haushaltungsvorstand hat sich zu entscheiden, von welcher amtlichen Butterabgabestelle er die Butter regelmäßig zu beziehen wünscht. Er hat sich in der Zeit vom 17. bis 19. Mai (und zwar am 17. Geschäftsstunden mit den Anfangsbuchstaben A bis G, am 18. Geschäftsstunden mit den Anfangsbuchstaben I bis N, am 19. Geschäftsstunden mit den Anfangsbuchstaben S bis Z) bei einer durch Aufhäng kenntlich gemachten Butterabgabestelle unter Vorlegung der Stadtkarte sowie der zur Stadtkarte gehörigen Mitgliedskarte zu melden.

Die angegebenen Tage für die Meldungen müssen unbedingt eingehalten werden. Spätere Meldungen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden.

Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß sich nur Haushaltungen, welche im Besitz einer Dauer-Karte sind, in den betreffenden Verkaufsstellen melden dürfen. Personen, welche sich nur vorübergehend in Magdeburg aufhalten, sowie Inhaber von Belegscheinen werden bestimmten Verkaufsstellen zugewiesen, dürfen sich also nicht eintragen lassen.

Weltkrieg und Kolonialpolitik. Die Abteilung Magdeburg der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstaltete am Sonntagabend eine Versammlung, in der der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Eloff einen Vortrag über "Die deutsche Kolonialpolitik und den Weltkrieg" hielt. Der Redner führte u. a. aus: Er hoffe vorhandene Zweifel zu beseitigen und die alten Anhänger der Kolonialpolitik in ihren Anschauungen zu festigen. Deutschland müsse Kolonien haben. Die außerordentliche Entwicklung, die Deutschland in industrieller und kommerzieller Beziehung in den letzten Jahrzehnten zu erreichen hatte, nöthigte dazu. Es gab und gibt heute noch viele, die da sagen, was nützen uns Kolonien, wenn sie uns bei wirtschaftlichen Kriegen wieder weggenommen werden. Andere wieder glauben, daß durch die Verbindung Berlin-Wagado Deutschland auf europäische Kolonien einberufen könne. Die eine wie die andere Ansicht beruht auf Trugschlüssen. Eine notwendig gewordene aktive Kolonialpolitik sei ohne Kolonien nicht möglich, und der neugeschaffene Schienenweg nach dem Orient könne unmöglich als Ersatz für die verlorenen abgewanderten Kolonien angesehen werden. Auf einer gewissen Höhe der Entwicklung müsse jeder Staat versuchen, den Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die im Mutterland nicht erzeugt werden können, aus eignen Kolonien zu beziehen. Das "Mutterland" von Kolonien ist veraltet und unklug. Die Zeiten, wo die Kolonialpolitik als Kulturträger galt, sind längst vorüber. An einer langen Reihe von tropischen Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom Kakaobis zum Mehl, von der Erde bis zur großen Fülle des Getreides, wies Redner nach, wie wirtschaftlich nützlich die Erzeugung und Beschaffung all dieser Sachen in eignen Kolonien sei. Gerade der jetzige Krieg hat hierfür in mehr als einer Beziehung den besten Beweis erbracht.

Erstlich sei, daß nicht nur unter den Arbeiterführern, sondern auch unter den Arbeitern selbst die Zahl der Anhänger einer aktiven Kolonialpolitik ständig im Wachsen begriffen ist. Auch die Arbeiter hätten bereits einsehen gelernt, daß Rohstoffgewinnung und Absatzgebiete eng zusammengehören.

Weiter behauptete der Redner, daß auch die Landwirtschaft hinsichtlich des Bezugs von Düngemitteln und Viehfütterung vom Ausland an der Erzeugung von Kolonien interessiert sei. Es gelte auch, den Monopolbestrebungen der übrigen Staaten durch eignen Kolonialbesitz entgegenzutreten. Die Beziehungen, den Deutschen ihre bisherigen Absatzgebiete zu nehmen, seien in neuerer Zeit durch eine Verarmung der Zuckerfabrikanten englischer Kolonien auf das beste illustriert worden. Diese beabsichtigen nicht, weiter zu produzieren, sondern auf den Weltmarkt zu verdrängen. Die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands solle von den Gegnern auch nach dem Kriege gefördert werden. Die Gefahren, die der heimischen Zuckerindustrie drohen, seien auch bereits für die hochentwickelte Textilindustrie vorhanden. Ebenso lebhaft sei die gesamte deutsche Schiffahrt an dem Vorhandensein von eignen Kolonien interessiert. Zu beachten sei ferner, daß nach dem Kriege mit keiner Auswanderung, wohl aber mit einer starken Rückwanderung von Deutschen aus französischen und englischen Ländern zu rechnen sei. Das Schicksal der deutschen Kolonien würde nach dem Kriege, sondern in Europa entscheidend. Das Schicksal derjenigen Kolonien der Feinde der Mittelmächte würde verschwinden und eine bessere Organisation der europäischen Mächte werde kommen. Es müßte versucht werden, die verlorengegangenen Kolonien wiederzugewinnen, selbst auf die Gefahr hin, daß im Anfang Mißerfolge eintreten. Der vielbesprochene Zusammenschluß der Mittelmächte mit der Türkei könne nicht stehen, was die Kolonien betrifft.

Vor und nach dem Vortrag wurden entsprechende Vieder vorgelesen.

Einsparungskarten in Charlottenburg. Fahrbare Feldböden wird jetzt auch Charlottenburg einführen. Die Speisen werden abwechselnd aus Reis, Graupen, Gemüse mit Kartoffeln und Nudeln zusammengesetzt bestehen. Der Beginn der Essenausgabe ist 1¹/₂ Uhr vormittags. Es werden Portionen zu 1, 1¹/₂, 2, 2¹/₂ und 3 Liter abgegeben. Der Preis für das Liter beträgt 1¹/₂ Pfg., 1¹/₂ Liter kostet 55, 2¹/₂ Liter 90 Pfg.

Stadtvorordner Otto Gocke f. Am Montag vormittag wird im Sudenburger Krankenhaus an einem Patienten der Städt. Stadtvorordner Otto Gocke. Der Verstorbene, der ein 72-jähriger Mann gewesen, war seit dem 7. Januar 1897 Stadtvorordner für die zweite Wahlbezirkung der Altstadt. Seine Wahlzeit lief noch bis 1916.

Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins machen wir noch einmal aufmerksam. Heute, Montag, abend tagen die Bezirke Magdeburg-West und Süd und Friedrichstadt und Verberber Straße. Als nächster Bezirk: Sudenburg in der "Zerbster Straße" und "Bismarckstadt im Aufsenpark". Morgen, Dienstag, abend tagen die Bezirke Neue Neustadt im "Weissen Giech", Alte Neustadt bei der Straße, Lindenstraße 13, und Budau in der "Thalia", Dorotheenstraße 14. Die Genossen Brandes, Haupt, Holzapfel, Lössler und Müller hatten in diesen Versammlungen Vorträge. Außerdem wird der Jahresbericht erlassen und die Wahlen zu den Ausschüssen genommen werden. Die Genossen und Genossinnen werden ermahnt, für zahlreiche Besuch dieser Versammlungen zu wirken.

Eine Stadtvorordneten Sitzung findet in dieser Woche nicht statt.

Teuerungszulage für ländliche Arbeiter und Angehörige. Der ländliche Haushaltsauschuss in Halle beschloß, angesichts der wachsenden Teuerung die Teuerungszulagen der ländlichen Arbeiter und Beamten mit einem Einkommen bis 3000 Mark abermals zu erhöhen in der Weise, daß die Teuerungszulagen für Familien mit einem Eink. von 240 auf 270 Mark, mit zwei Kindern von 270 auf 300 Mark und für über sechs auf um 90 Pfg. erhöht wird.

Arbeitsgesellschaftliche Zusammenkunft des stellvert. Generalkommandos I. Reservekorps. Das stellvert. Generalkommando erstellte folgende Bekanntmachung: Auf dem 16. September 1915 und im Januar 1916 erdregene Angelegenheiten zur Sammlung und Entsendung von Arbeitskräften, Montagearbeiten und anderen Aufträgen der Landeswehr zur Erfüllung der Wehrpflicht im Reichsgebiet sind durch die Arbeitsgesellschaften zu erfüllen. Diese Arbeitsgesellschaften sind in der Regel als Zusammenschlüsse von freiwilligen Arbeitern zu bilden. Die Arbeitsgesellschaften sind in der Regel als Zusammenschlüsse von freiwilligen Arbeitern zu bilden. Die Arbeitsgesellschaften sind in der Regel als Zusammenschlüsse von freiwilligen Arbeitern zu bilden.

Mulartener Wettbewerb. Der 6. Wettbewerb hat in verschiedenen Berliner Lokalitäten unter "Meinem Angler" den Namen gefunden, durch die verschiedenen Musikinstrumente. Eine halbe Billig zum Kauf angeboten werden. Es werden immer einzelne Musikinstrumente in der Anzahl bekannt, wie etwa Saxophon, Gitarre, Kontrabaß oder "Hörnermusikinstrumente". Dann folgten die Worte "verkauf preisgünstiger Billig". Besichtigt wurde die Angelegenheit mit dem Namen "Ganz", das die Angabe des dritten Preises eines Saates in der Dramenstadt zu sein sollte. Das es sich um einen gewinnmässigen Handel mit Musikinstrumenten handelte, war aus den Angaben nicht zu ersehen. Zunächst war es aber ein solcher. In jenem dritten Stücke hat nämlich der Bruder des Herrn Ernst ein Lager von Musikinstrumenten, das von größerer Zinnern kommt. Der Bruder firmiert "Vogel u. Sohn". In der Tat des hochgelegenen Lagers steht diese Firma und außerdem der Name "Ganz". Im Auftrag des Musikalienhändlers "Vogel", der kann dem Verfahren als Nebenkläger betraut wurde gegen Ernst, der es schließlich führt und auch die Annoncen einlegen ließ, die das Lager wegen unklarem Wettbewerb erlösen. Das Musikgeschäft verurteilte auch den Angeklagten und schloß auf: Unter den Umständen, oben mitgeteilten Umständen ist hinsichtlich der Sache in dem unklarem Wettbewerb gegeben, und zwar im Sinne des § 4 des Gesetzes. Bei der Festung der Angelegenheit und da jede Handlung eines rechtswidrigen Handels folgt, ist das Publikum durch die Angelegenheiten getäuscht worden, als es erwarben müßte, es handle sich hier um ein besonders billige Musikinstrumente eines bestimmten Herstellers, vielleicht eines Müllers oder Korbmachers. Das der Verkauf der Musikinstrumente nicht zu billigen Preisen erfolgte, ist ohne Bedeutung. Denn das Gesetz wollte auch den § 4 der Bestimmungen anderer Bestimmungen eines unklarem Wettbewerbs entgegensteht. In der Verhandlung ist die "Anzeige" der Angelegenheit des § 4 des Gesetzes, auf die so wäre es auch zu berücksichtigen und die strafbare Handlung erklärten, wenn man sagt es wäre ein betrübter Verstoß, und daß nicht ein Verstoß gegen den § 4 des Gesetzes. Das es nicht rechtlich verweigert die noch von G. angelegte Revision und nicht kurz aus, daß die Vorladung ohne Notwendigkeit das Geleit angewandt habe.

Ein Lager von Postkarten wurde am Sonntagabend im Senate Ignazienstraße Nr. 2 entdeckt. Der ehemalige Kaufmann, heute Postbeamter S. T. D. hat sich eine Sammlung von Briefen, Karten und allerlei Papierfetzen zusammengetragen, die zu räumen mehrere Stunden Arbeit erforderlich. Die Polizei stellt darüber mit:

Beim Erwerb von Material wurde der Kaufmann S. T. von hier, der in mehreren Monaten bei der Hauptpost als Postbeamter beschäftigt war und dort Post und Pakete, namentlich Sendungsstücke, in großer Anzahl gesammelt und untergebracht hat. In seiner Wohnung wurden mehrere hundert Briefe, Karten und der Inhalt von solchen vorgefunden, darunter viele Briefe zum sowie Sendungen, Speck, Butter, Zigarren, Zigaretten u. a. m. Die Lebensmittel waren zum Teil bereits verdirben. Vor dem Hause, in dem der Mitbringer wohnte, hatte sich während der Vorahme der Durchsuchung eine große Menschenmenge gesammelt, die gegen ihn eine drohende Haltung einnahm.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß Feldpostpakete und Briefe für Soldaten nur den geringsten Teil der vorgefundenen Vorräte bildeten. Es seien zumest alte Zeitungen, Briefe und wertlose Papierfetzen ausgepackt gewesen. Dieser Mitteilung widerspricht allerdings der Polizeibericht. Die weiteren Untersuchungen werden ergeben, welcher Art die Vorräte waren, die in großen, zweispännigen Wagen abgefahren wurden.

Anstehende Krankheiten. In der Woche vom 7. bis 14. Mai wurden in Magdeburg amtlich gemeldet: 44 Erkrankungen und 3 Todesfälle an Typhus, 13 Erkrankungen an Cholera, 2 Erkrankungen an Unterleibstypus und 8 Todesfälle an Lungentuberkulose.

Der Magdeburger Verein für Radfahrzeuge macht in Anzeigentext der heutigen Nummer bekannt, daß die von ihm ausgerichteten Radfahrer vereinigten vertriehen bekannte Schulgärten, Wälder, Wiesen usw. weiterhin wieder durch Radfahrer mehrfach besichtigt sind. Trotz aller Warnungen in der Kreist. und trotz strenger gerichtlicher Verfügungen sind immer wieder unrettbar Menschen im Besonderen daran, die stützen, Land- und Hüfte mit Kracksteinen, häufig schaulovier Zeit zu betreiben oder mit dem Reiter daran herumzuschleiden, die Wälder der Wälder mit Gewalt herunterzureißen und andern Mühsal zu verleben. Der Verein wird in Zukunft bei Ermittlung der Übeltäter angemessene Maßnahmen treffen.

Radfahrereinsatz. Am Montag vormittag gegen 7¹/₂ Uhr kam der Fahrer August M. Umfahrungenrad 30 wohnhaft auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz mit seinem Rade zwischen den Straßenbahngleisen zu Fall und wurde von einem Straßenbahnwagen angefahren. Der Verunglückte, der anscheinend schwere innere Verletzungen erlitt, mußte mittels Sanitätswagens nach dem Krankenhaus "Stadt" gebracht werden.

Gestohlen wurden in der Nacht zum 12. d. M. in der Süd-Ende Straße ein hübsch gezierter Lederkoffer; in der Nacht zum 13. aus einem verlassenen Hause in der Albrechtsstr. drei wertvolle Uhren; aus einem verlassenen Schanklokal in der Beumontstraße ein Paar gran. Damenhandschuhe, zwei große Damasthühner, etwa 6 Pfund Zucker, 6 Pfund weiße Bohnen, 2 Pfund Butter, Fleisch, Rot- und Leberwurst, zwei Tische Honig, Eier, Brot, Kognak, 200 Zigaretten (Salon) und eine Anzahl Zigarren; am 13. vormittags vor der Hauptpost ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, Korb und Rücktrittbremse und großer Lenkstange; aus einer Koffertüte in der Bahnhofstraße ein prächtiges halblanges Damenjackett mit einem Zylinder aus der linken Brust, ein kleineres aus schwarzem Zeug, eine schwarze Mütze mit schwarzem Schlot, ein Paar schwarze hohe Stiefel mit dunklen Sohlen; mittags vom Hofe des Grundstücks Bremer Weg Nr. 19 ein grüngezierter Samolettraveller; in der Nacht zum 14. aus einem verlassenen Kontor im Holzweg etwa 8 Mark Silbergeld, für 500 Mark und fünfzig Pfennigbriefmarken, 10 Pfennig, zwei Zigaretten, Zigaretten und ein Koffer mit Wechselgeld; am 14. morgens aus einer unverschlossenen Schuhmacherreparaturwerkstatt in der Klosterstraße ein Paar schwarze Herrenschuhhälften und ein Paar schwarze Damenstiefel.

Diebstähle und Hehlerei. Wegen teils einfacher, teils schwerer Diebstähle wurde sich der Arbeiter Hermann Schröder von hier vor der Strafkammer des Landgerichts zu verantworten, während der Zimmermann Karl Liping, die Arbeiterin Marie Thiele und die Materialwarenhandlerin Selma Kummel zu Leipzig wegen Hehlerei angeklagt sind. Schröder nahm im Jahre 1915 in 14 Fällen zum Teil durch Einbringen aus Mieten und einer Ebennie des Landwirts Ehrde, sowie aus dem Garten des Landwirts Schmale und aus dem Garten des Landwirts Gustaf von Wendt, Jüderberg, Kartoffeln, ferner vom Landwirtschaft einen Saal mit Möbeln, schließlich veräußerte er zweimal, aus dem Gerichtsbezirk Hülbe zu Leipzig, mehr als abgefährt wurde. Von dem Diebstahl verkaufte er an Leipzig und Frau Thiele Müssen, an Frau Kummel Kartoffeln und Möbelleine. Den Landwirt Ehrde bedrohte er mit Todschlag. Die Kammer verurteilte Schröder zu 2 Jahren Gefängnis und 2 Wochen Haft; Frau Kummel wegen Hehlerei zu 3 Tagen Gefängnis. Leipzig und Frau Thiele wurden von der Kammer freigesprochen.

Ergriffener Schiffsführer. Der Kaufmann Rudolf Haderland von hier, der hier am 24. v. M. ein Schiedbuch gezeichnet und in verschiedenen Städten unter andern Namen fälschlich von ihm ausgefertigte Schecks in Zahlung gegeben oder zu geben verurteilt hat, ist in Rügenberg festgenommen worden.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Konzert. Der Magdeburger Arbeiter-Gesangchor gab am Sonntagabend unter Leitung des Kapellmeisters Willi Neufeld ein Konzert in der Aula der Augustaschule zum Besten der strömungsbedürftigen Fürsorge. Das Programm berücksichtigte auch Gesungenes und Geleitetes, teils Bekanntes und immer wieder beifällig aufgenommenes, was man bereits eine feste Strauß- und Knarpe Form erhalten hat, teils Neues, was der Schand am Geleiten erhöhte und vermehrte. Wie es der Männerchor erreicht hat, daß seine Leistungen trotz der Kriegszeit sich auf gleicher Höhe wie vordem halten so ist auch bei dem Gegenwartsergebnis zu sehen, daß die heute gesungenen Lieder kein Nachlassen des Vortragsgeschmacks erkennen lassen, sondern beinahe noch eine deutliche Minderbesserung. Schubert's "Rad" und Mozart's "Weib des Gefängnis" wären hier zu nennen, aus wohl der Protokollansatz "König Kothor" von Krug-Kalden und der prächtige "Wach auf" über aus Wagner's "Mithras" an dem auch der Männerchor einen recht wichtigen Teil leistet, daß einer sehr sorgfältigen Entfaltung durch den Dirigenten. Eine recht willkommene Veränderung des Programms war: kein Programm brachte der Dirigent Edmund Michel mit mehreren Vortragern, unter anderem mit einem modernen gehaltenen Adagio von Cyril Miller, das auf der schönen Aula-Tafel bei einer geschmackvollen Regenerierung eine treffliche Wiedergabe fand. Die einzelnen Nummern des Programms wurden mit regem Beifall aufgenommen, ein Beweis, daß die Konzertbesucher den andauernden Fleiß von Dirigent und Sängern und deren Können zu würdigen wissen.

Frühlingskonzert. In der letzten Sonntagabend Aufführung der "Fledermaus" dirigierte Kurt Parde das lauzische Werk mit ausgesprochenem Erfolg. Auch die andre Besetzung zweier Hauptrollen war von Interesse: Gerda Lené sang die Kostrolinde und Vera von den die Adèle. Gerda Lené gab der Kostrolinde viel Leben und Bewegung, was in der Besetzung einen hohen Reiz verleiht. Auch gefantlich in die Künstlerin sehr gut an. Die Adèle Vera Lené sang auf das menschlich-lebendigste gefant, was dem Publikum merklich gefiel. Die übrige Darstellung hielt sich in dem Rahmen, den wir bei der Erstaufführung der Operette bereits besprochen.

Mitteilungen der Direktionen.

Zentraltheater. Am Sonntagabend gelangt erstmalig eine ganz prächtige Operette, betitelt "Die Perle der Frauen" zur Aufführung. Die prächtige Musik stammt von Max Gurel.

Konzert im Dom. Sonntagabend den 20. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, wird in unserem Dom bei freiem Eintritt ein musikalischer Gemeindevand unter Leitung des Professors Ferkammer und unter freundschaftlicher Mitwirkung von Fräulein Elli Wenzel (Klavierbegleitung), Fräulein Elisabeth Fießer (Sopranistin) und des Domorganisten (Hr. Musikdirektor Kühne) stattfinden. Näheres ergeben die mündlich austeilenden Programme. Karten für nummerierte Plätze sind für 5 Pfg. in der Domkassiere zu haben. Der Einklang der beim Ausgang erbetenen Kollekte ist für die Kriegswohlthätigkeitskasse der Domgemeinde bestimmt.

Aus der Parteibewegung.

Beschwerden gegen den Parteivorstand.

Der Parteivorstand schreibt uns zu der von uns niedergegebenen Erklärung der Bezirkskonferenz für den Agitationsbezirk Leipzig:

Ueber die Ursachen der Spaltung der Reichstagsfraktion haben wir dem am 27. März 1916 veröffentlichten „Aufruf an die Parteigenossen“ nichts hinzuzufügen. Ueber die von der Reichstagsfraktion während des Krieges getriebene Politik und über die Vorgänge, die zur Fraktionsspaltung führten, wird im übrigen der nächste Parteitag zu entscheiden haben.

Zu den in dem Verlaufe der Leipziger Bezirkskonferenz aufgeführten 7 Punkten sei folgendes bemerkt:

Zu Punkt 1 betr. das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Redaktion des „Vorwärts“ erinnern wir an unsere Erklärungen vom 7. und 10. April 1916, in denen nachgewiesen wurde, daß der Parteivorstand gegen die Redaktion des „Vorwärts“ einschreiten durfte, weil er nicht dulden durfte, daß das Zentralorgan der Partei sich einseitig in den Dienst der „Arbeitsgemeinschaft“ stellte, zu einem Kampfgorgan gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und zu einem Organ zur Förderung der Parteierrettung gemacht wurde.

Zu Punkt 2 betr. den Duisburger Fall hat der Parteivorstand bereits in seiner Erklärung vom 7. April 1916 gesagt, daß die Kündigung der beiden Redakteure erfolge, weil sie für eine Sonderorganisation wirkten, deren Treiben eine Spaltung der Partei herbeiführen muß. Die betreffenden Redakteure gingen so weit, einen sachlich gehaltenen Bericht über die Stellungnahme einer zum Verbreitungsgebiet des Blattes gehörigen Parteioffiziers gegen die Sonderorganisation zu unterbreiten. Durch dieses Verhalten hätten die Redakteure das mit Mitteln der Gesamtpartei errichtete Zeitungsunternehmen aufs schwerste gefährdet, bei dessen Gründung der Parteivorstand sich entscheidendes Bestimmungsrecht vorbehalten hatte.

Zu Punkt 3, nach dem der Parteivorstand den Parteiausschuß veranlaßt haben soll, seine durch das Organisationsstatut festgesetzten Befugnisse zu überschreiten, liegt der Kontrollkommission eine Beschwerde vor, deren Erledigung bis zur nächsten Sitzung der Kontrollkommission vertagt wurde. Sachlich stellen wir zu diesem Vorwurf fest, daß der Parteivorstand stets entsprechend dem Organisationsstatut die Auffassung vertreten hat, daß der Parteiausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen zu beraten und durch Beschluß sein Gutachten abzugeben hat, daß aber in allen diesen Fragen der Parteitag selbstständig die letzte Entscheidung hat. Auch der Parteiausschuß hat sich in diesem Rahmen gehalten. In der Einleitung des am 9. Januar 1916 gefaßten Beschlusses des Parteiausschusses heißt es z. B.: „Der Parteiausschuß, nach dem Statut der Partei berufen, über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen ein Gutachten abzugeben, erklärt“ usw.

Zu Punkt 4, daß der Parteivorstand versucht habe, mit Hilfe des Parteiausschusses die der „Arbeitsgemeinschaft“ angeschlossenen Mitglieder der Kontrollkommission aus ihren Stellen zu drängen, ist zu bemerken, daß der Parteivorstand die Kontrollkommission ersucht hat, zu prüfen, ob die Genossen Bod und Meyer, nachdem sie sich der „Arbeitsgemeinschaft“, die im Widerspruch zu dem Organisationsstatut der Partei steht, angeschlossen hatten, weiter Mitglieder der Kontrollkommission bleiben können. Zu diesem Ersuchen fügte sich der Parteivorstand verpflichtet.

Wenn es endlich in Punkt 5 des Leipziger Beschlusses heißt, daß der Parteivorstand den Parteiausschuß veranlaßt hätte, gegen den Wortlaut des Statuts ihm oppositionell gesinnte Parteimitglieder ohne das vorgeschriebene Anschlußverfahren aus der Partei hinauszudrängen, so hat der Parteivorstand ein solches Ansehen niemals an den Parteiausschuß gerichtet. Der Parteivorstand hat niemals oppositionelle Gesinnungen verfolgt, sondern sich nur gegen Handlungen gewandt, die auf eine Sprengung des Parteigeftüges hinauslaufen mußten. Daran aber muß und wird der Parteivorstand festhalten, daß Organisationen nur dann Rechte in der Partei beanspruchen können, wenn sie ihren Pflichten nachkommen.

Zu den Punkten 6 (Vorgehen gegen Saase) und 7 (betr. die vom Parteivorstand herausgegebenen Schriften) lagen der Kontrollkommission bereits Beschwerden vor, die in deren Sitzung vom 3. Mai d. J. erledigt wurden.

Eine Beschwerde des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereines in Königsberg (Preußen), die sich dagegen wandte,

daß die Mitglieder des Parteivorstandes nach den Vorgängen in der Reichstagsfraktion vom 21. März dem Gen. Saase erlaubten, sie halten ein Weiterarbeiten mit ihm nach seinem Vorgehen für unmöglich, wurde von der Kontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen.

Zu der Beschwerde der Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei des Niederrheins wegen der redaktionellen Haltung der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ beschloß die Kontrollkommission:

Die Kontrollkommission kann die Auffassung der Bezirksleitung des Niederrheins, daß die Haltung der „Parteikorrespondenz“ einseitig sei und die Parteieinheit aufs ernfeste gefährde, nicht teilen.

Die Kontrollkommission kann deshalb nicht im Sinne des Antrags der Bezirksleitung wirken.

Inwieweit die „Parteikorrespondenz“ noch zu verbessern oder auszuschließen ist, wird die Kontrollkommission sich mit dem Parteivorstand ins Benehmen setzen.

Die Beschwerde des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei in Münsberg (Pre.), die befristet, daß der Parteivorstand berechtigt gewesen sei, in amtlicher Eigenschaft und mit Parteimitteln die Proschüren für die Einheit der Partei und Sozialdemokratie und nationale Verteidigung herauszugeben, weil er nach Ansicht der Parteiführer damit zugunsten einer Parteieinrichtung in den gegenwärtigen Parteiführer eingegriffen habe, wurde durch Beschluß der Kontrollkommission zurückgewiesen.

Eine gegen die beiden Proschüren gerichtete Beschwerde aus Leipzig wurde gleichfalls von der Kontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen.

Aus diesen kurzen sachlichen Feststellungen ergibt sich die Sachlage, der in dem Leipziger Beschlusse gegen den Parteivorstand erhobenen Vorwürfe.

Vorwärtskomitee und Parteivorstand. Zum Vorwärtskomitee veröffentlicht der „Vorwärts“ wieder einige Erklärungen. Zunächst schildert Genosse W. Bod, der Vorsitzende der Kontrollkommission, den Verlauf der Verhandlungen über die beiden der Kontrollkommission in der Angelegenheit des Medallens Genossen Meyer vorgelegten Fragen: Frage des Parteivorstandes: „Stann der Genosse Meyer, der Parteioffizialitäten öffentlich, schriftlich und mündlich aufzudecken, keine Beiträge an den Parteivorstand abzugeben, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?“ Die Präskommission beantwortete die Frage so: „Zoll der Genosse Meyer als Redakteur des „Vorwärts“ entlassen werden, weil er im Flugblatt „Die Lehren des 21. März“ die Beträgung der Arbeit der Partei durch die Organisationen propagiert hat.“ Genosse Bod kommt zu dem Schluß: „Dadurch, daß die Kontrollkommission beide Fragestellungen mit Stimmengleichheit verneint, hat sie die Ansicht dem Parteivorstand und der Präskommission entlassene Meinungsverschiedenheit, ob der Redakteur Meyer zu entlassen sei, im ablehnenden Sinne beantwortet. Die Ansicht des Parteivorstandes, die Kontrollkommission habe sich selbst ausgesprochen, ist durchaus irrig.“

Die Berliner Präskommission fordert in einer Erklärung den Redakteur Gen. Meyer auf, auf seinem Posten auszuharren. Die ihm vom Geschäftsführer Fischer überfandene Kündigung sei nach dem Organisationsstatut der Partei rechtswidrig.

In einer weiteren langen Erklärung schildert die Präskommission ebenfalls die Verhandlungen über den Fall Meyer und greift den Parteivorstand heftig an. Wenn der Parteivorstand glaube, jetzt die Kontrollkommission durch seine Auslegung des Abstimmungsresultates einfach auf die Seite schieben zu können, um seinem Herrschaftsanspruch in der Redaktion des „Vorwärts“ ungeniert Geltung zu verschaffen, so bedauere dies nichts anderes als die Proklamierung des nackten Faustrechts des Parteivorstandes in Berlin, genau wie früher in Duisburg.

Die Kontrollkommission über eine Beschwerde gegen den „Vorwärts“. Der Parteivorstand schreibt uns: „In Abwehr der Erklärung, die sechs Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags in Nr. 17 des „Vorwärts“ vom 18. Januar 1916 veröffentlichten, fandte Genosse Otto Braun dem „Vorwärts“ einen Artikel, der in Nr. 19 vom 20. Januar 1916 veröffentlicht wurde. Der Genosse Ströbel antwortete auf diesen Artikel in der gleichen Nummer. Nachdem in der Nr. 20 des „Vorwärts“ vom 21. Januar 1916 die Genossen Braun und Ströbel nochmals zu dieser Sache sich geäußert hatten, schloß die Re-

baktion des „Vorwärts“ die Diskussion mit der Begründung, daß sie, nachdem Braun und Ströbel in Nr. 20 des „Vorwärts“ die Auseinandersetzungen mit dem Vorwärts in der Sache im Interesse der Leser des „Vorwärts“ für erledigt hielten, Genosse Braun gab sich damit nicht zufrieden, weil Genosse Ströbel in seiner zweiten Erwiderung Behauptungen aufstellte, die seiner Auffassung nach eine Antwort dringend erforderlich machten, und außerdem sich auf Dokumente bezog, die Braun auf der Redaktion einsehen könnte. Er sandte dem „Vorwärts“ mit der Heberschrift „Enoch heraus!“ eine Antwort, deren Abdruck vor der Redaktion des „Vorwärts“ eingelesen wurde mit der Begründung, daß den Interessen des Blattes und seiner Leser durch eine Fortsetzung der Polemik in dieser Art durchaus nicht gedient sei.“ Genosse Braun veröffentlichte den Artikel darauf im „Hamburger Echo“ vom 16. Januar 1916 und ließ sich gegen die Ablehnung der Präskommission im „Hamburger Echo“ die Beschwerde Brauns ab, ohne von dem Inhalt des abgedruckten Artikels Kenntnis zu nehmen.

Der Parteivorstand trat dieser Entscheidung der Präskommission nicht bei und rief die Kontrollkommission an. Die Kontrollkommission faßte in ihrer Sitzung vom 3. Mai d. J. folgenden Beschluß:

„Die Kontrollkommission ist der Ansicht, daß die sachlichen Gründe vorliegen, dem nachher in Nr. 20 des „Hamburger Echo“ erschienenen Artikel des Genossen Braun Aufnahme im „Vorwärts“ zu verweigern.“

Es ist zu bedauern, daß der Parteivorstand die Beschwerde ohne den Artikel zu prüfen, der Aufnahme im „Vorwärts“ weigerte.

Provinz und Umgebung.
Teuerungszulagen für Landarbeiter.

Am Anfang dieses Jahres richtete die Arbeiterkommission der Landarbeiterverbände an die Ortsgruppen des Bundes ein Mandatschreiben, in welchem erbeten wurde, Angaben zu machen, ob und in welcher Höhe die einzelnen Landarbeiter bereits von einem Ansehen in den Teuerungszulagen geboten haben. Gleichzeitig erbot sich die Kommission, die Kollegen der Eingaben betr. Teuerungszulagen befristet zu befragen.

In 31 Ortsgruppen von 80 Arbeitern hiezu Antwort. Von hatten in drei Gruppen die Arbeitgeber Zulagen von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.
Halberstadt, 15. Mai. Die Ausgabe der Kriegsunterstützungen erfolgt Dienstag und Mittwoch, und zwar für die Wähler der D, E, S, A und B, C, F, G am Mittwoch im „Kaiserhof“, Dompfand für die Wähler der B, D, F am Dienstag, H, K am Mittwoch in der Schule 4, Franziskanerstraße; für die Wähler der M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z am Dienstag, E, H, W, Z am Mittwoch in der Turnhalle der Knabenmittelschule, Dompfand 15. Ausweiskarten zum mitzubringen.

— (Fahrbare Küchen) sollen einer Mitteilung nach auch in Halberstadt eingeführt werden. Ein Mitglied der Kreisdeputation soll in Magdeburg Erkundigungen über die dort gemachten Erfahrungen einziehen. —

— (Mal so, mal so!) Am Sonnabend der letzten Woche hatten sich zum Kaufe von Buxter eine Anzahl Arbeiter am zweiten Eingang der Markthalle aufgestellt, um bei der Teufnung der Halle gleich Einlaß zu finden. Einigen wurde

Vor Jahr und Tag.

Roman von Wilhelm Holzamer.
(62. Fortsetzung.)
Nachdruck verboten.

Dorth neigte den Kopf auf die Brust unter Kampers warmen Händen, aus denen es auf sie strömte wie lauter Ruhe und Güte, wie Sonntag und Glüd.

„Ich habe Dich nicht gekannt — ich habe mir nicht Mühe gegeben, Dich kennenzulernen. Das ist der schwerste Vorwurf, den ich mir zu machen habe. So hast auch Du mich nicht kennengelernt. Ich habe Dich genommen — Du hast recht, wenn Du das sagst — man soll aber keinen Menschen nehmen, der sich einem nicht gibt. Ich hätte Dich erst gewinnen sollen.“

Er trat ein wenig zurück.

Sie ließ die Hände sinken und schlug groß die Augen zu ihm auf.

„Kampfer“, bat sie. „Du bist — — — ja, nicht so wie ich hab's — — — — — und ich will alles aushalten, alles Traur und Schand, aber das halt' ich mit aus.“

„Du kannst Dich mir nicht geben, Dorth — — ich werde Dich nicht nehmen. Und ich werde nicht böse sein, sei es auch mir nicht. Du bist gut — — und ich habe alle Schuld. Und nun lebe wohl! Du wirst ganz gesund werden, wirst Dich ganz erholen. Alles wird dann wieder gut. Ich habe meinen Beruf und meine Arbeit. Es gibt Menschen, die nicht mehr haben können, die nicht mehr dürfen haben wollen. Ich bin so einer. Das habe ich nun bitter erkennen müssen — und habe Dir dabei Leid zufügen müssen. Es ist nicht mehr zu ändern. Du mußt das vergessen und mußt mich vergessen — — und ich gebe mich drein.“

Er nahm ihre Hand und küßte sie heiß.

Seine Hand hatte nun ein wenig des Straffe verloren, das sie sonst immer gehabt hatte.

Die Dorth glied vom Bett und sah ihn an.

Sie war wie auf einer Wolke, die hoch und still über der Erde hinglitt. Alles war Fragen und Erstaunen in ihr.

Was alles Wirklichkeit? Träumte sie? Träumte sie seine Schritte und Güte, die Wärme im Tone seiner Stimme?

„Werde nicht irre an Dir, Dorth!“

Er sah ihre Ergriffenheit und wehrte sie ab. Sie sollte sich nicht vom Augenblick überwältigen lassen.

„Ist's denn wahr?“ fragte sie.

Er hörte den Ton, der in ihrer Frage lag.

„Ist's denn wahr — wahr und wahrhaftig wahr?“

Er nahm mit beiden Händen ihre Hand.

„Lebe wohl, Dorth!“

Dann ging er in der gewohnten Ruhe und Sicherheit — und langsam zog er die Tür hinter sich zu.

Am Herd drinnen stand die Frau Sojdel. Sonst schlief noch das Haus. Er trat zu ihr und gab ihr Aufklärung, es war doch notwendig, und er bat sie, den guten Ruf der Dorth zu schonen, ganz zu schweigen bei den Leuten, und wenn es doch ein Gerücht geben sollte, die Dorth zu verteidigen. Er war nicht hastig in seinen Worten und blieb einfach in allem, was er sagte.

„Sie ist — — — — —“, sprach Frau Sojdel, und einem franken Ausdruck muß man helfen. Was er getan hat, das hätte er nicht getan, wenn er gesund wäre. Ich verlass' mich ganz auf Sie.“

Die Marie versprach ihm, verdammen zu sein und der Dorth beizufehen, wie sie nur könnte. Dann nahm er Abschied und ging.

Die Dorth starrte noch auf die geschlossene Tür. Lange, lange. Dann löste sich in ihr. Sie meinte heiß und lautlos.

Sie wollte gehen — es war ihr unmöglich.

Die Mattigkeit überwältigte sie — — und ohne nach der Nachrede zu fragen, die sicher nicht ausbleiben würde, ließ sie sich in die Kissen sinken und schlief bald tief und erschöpft.

Einmal wieder die Marie schob den Kopf zur Tür herein. Als sie sah, daß die Dorth schlief, zog sie sich leise wieder zurück.

Als sie wieder aufwachte, fiel Regen draußen. Sie schlich unbemerkt aus dem Hause und ging heim.

Der zweite Zug nach Mainz fuhr vorbei, als sie auf ihrer Treppe stand. Sie drehte sich um und sah ihm nach.

Es regnete sich immer mehr ein — der Rest der Kirchweih war verregnet, und es war kein Geschäft mehr.

Was kann aber trauriger sein in einem Dorf, als wenn die Kirchweih verregnet ist?

Die Dorth war nicht mehr die Dorth, seit der schweiß in dem Jahr, in dem die Eisenbahn eröffnet werden war.

Und die „Schöne Aussicht“ war nicht mehr die „Schöne Aussicht“, trotz des Schildes mit den goldenen Buchstaben und des grünen Kranzes mit roten Rosen und dem natürlich gemalten Weinglas, das ein Meisterstück vom Andachts Anton war. Es war keine stillere Wirklichkeit im alten Dorfe, denn keine hatte weniger Güte. Sie lag nun erhaben, abseits, obgleich die neuen Häuser fast bis zu ihr aufgebaut waren. Wer hatte hier draußen noch etwas zu tun? Der Verkehr auf der Pariser Chaussee war bedeutend weniger geworden. Selbst die Bauern, die von Eisenach und Stadecken die Chaussee heraufstiegen, und also an der „Schönen Aussicht“ vorbei mußten, die kehrten hier nicht mehr ein. Aller Verkehr hatte sich nach der Bahn zurückgezogen — wer warten und einsteigen mußte, der hielt bei Sessel ein, der gegenüber der Station das „Restaurante der Heiligen Ludwigsbahn“ eröffnet hatte — wer hatte sich dran gedacht, eine Wirtschaft „Restaurant“ zu nennen? Er schenkte Bier und Wein, hatte eine Speisekammer und einen Gartenwirtschaft und schöpfe den Rahm ab. Wer kam kam, wer durchfuhr, nun, der bekam gleich von ihm den Hund eingehalten, und er konnte die ganze Welt, nicht mit jedem seine „Einkaufe“ und war so recht der Welt der neuen Zeit. Denn es war anders geworden. Man hielt nicht mehr zuerst danach, was man bekam, man sorgte sich allererst, wie man's bekam — und so konnte kein der Hofzweig nicht mit. D, er suchte sich, daß keine Wirtschaft, die früher neben dem „Engel“ die beste gewesen war, so links liegen gelassen wurde, und mit jedem Jahre mehr einen Teil Schuld gab er auch der Dorth, die schon immer keine Seele mehr bei ihm zu gewinnen hatte. Erst der Verspruch mit dem Jagentier, den kein Mensch im Dorfe auch mochte, weil er doch nur „ein Preuß“ war, das hatte die Leute verstimmt und abwendig gemacht. Sogar es, das meinte er weiter, wenn die Leute dann auch zufrieden und froh waren, daß die Sache wieder auseinandergegangen war, es war doch etwas hängengeblieben an der Wirtschaft.

„Aber 's hat ja all nichts zu sagen, denn für 's wenigstens ein bisschen entgegenkommend sein muß! — — — — — nein — — immer noch hinaus und die Pflanz' in die, wenn sie eine Stadtdam war!“

(Fortsetzung folgt.)

Magazin und den darauffolgenden Schweifstahl und fand die

Magazin und den darauffolgenden Schweifstahl und fand die... Vor zwölf Jahren war ich ein junger, frischer Mann...

Die meisten Erhebungen ergaben auch, daß der Mörder nicht allein mit Heiratannoncen arbeitete, sondern auch Ehe-

...er mütterlich in Anspruch nahm. Es meldete sich eine Frau...

...eine wichtige Spur des Mörders ist entdeckt worden. Es...

Meine Chronik.

Der Kigancschamann Ueberer ausgeliefert. Der jahrelang gefugte Mörder des Försters Romanus, der...

Der „Freund“. Im Gefangenlager fertigen die Russen allerlei Spielfachen...

Ohne Weib und ohne — Speck. Im Friedberger „Duckstafoten“ zeigt ein verlässlicher...

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königlich Preussische) Klassenlotterie

6. Klasse 7.ziehungstag 13. Mai 1916 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden...

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

Table with 2 columns: (Ohne Gewähr N. St.-N. f. B.) and (Nachricht verboten). Contains lottery numbers and prizes.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königlich Preussische) Klassenlotterie

6. Klasse 7.ziehungstag 13. Mai 1916 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden...

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

Table with 2 columns: (Ohne Gewähr N. St.-N. f. B.) and (Nachricht verboten). Contains lottery numbers and prizes.

Vereins-Kalender.

Gemeinschaftstheater Magdeburg. Sitzung am Donnerstag d. 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der „Vielstrome“, Rathstraße 42.

Wasserstände.

Table with columns: Station, Date, Water Level, and other metrics.

Wettervorhersage.

Dienstag den 16. Mai: Heißlich trübe, mäßig warme, zeitweise Regen.

Stadtsamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 13. Mai. Todesfälle: Keine Corbis. 16. Müller, 83 J., 11. M., 14. E., Besime Auguste Romani geb. Wöl...

Aus dem Geschäftverkehr.

Advertisement for 'Alte Linker' featuring a large 'C' logo and text: 'Alte Linker', 'Machung', 'HUSTEN'.

entfälligen, dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Meinungsfreiheit der Presse zustimmen. Dagegen gelangte eine Resolution der Nationalliberalen, der Konservativen und des Zentrums zur Annahme, in der der Reichskanzler ersucht wird:

dafür zu sorgen, daß das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit nur insofern eingeschränkt werden, als dies im Interesse einer siegreichen Kriegsführung unbedingt geboten ist, daß eine gleichmäßige Handhabung der Zensur sicherzustellen wird, und daß, wo von Zivilbehörden auf die Handhabung der Zensur ein Einfluß ausgeübt wird, die zuständigen Behörden und Beamten, kraft der ihnen obliegenden Verantwortung, die getroffenen Maßnahmen nach Maßgabe der behördlichen Mitwirkung vertreten.

Weiter wurde beschloffen, den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, durch welche:

a) die Verkündung der Schutzhafte auf das aus rein militärischen Gründen absolut gebotene Maß beschränkt wird, b) bei Verkündung der Schutzhafte dem Verhafteten ein Rechtschutz gewährt wird, welcher mindestens nicht zurückbleibt hinter dem im Strafverfahren vor den ordentlichen Gerichten den Untersuchungsgefangenen zustehenden Rechtsschutz;

endlich dem Reichstag bei Beginn des nächsten Sitzungsabschnitts einen Bericht vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärregierung in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Diese Beschlüsse haben selbstverständlich keine bindende Kraft. Sie sind in ähnlicher Weise auch schon früher als Wünsche geäußert worden, ohne daß bisher eine Aenderung eingetreten wäre. Es wird also wohl auch in der nächsten Zukunft so bleiben.

Die Sorgen der Hausagrarien.

Die Wohnungskommission des Reichstags hat bekanntlich beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bis zum Ende des Jahres noch den Friedenschluß eine Steigerung der Wohnungsmieten unter 1200 Mark und der Geschäftsmieten unter 2000 Mark nicht stattfinden darf. Weiter wurde beantragt, daß das Reich die Bürgschaft für 1½ Millionen Mark zur Förderung des gemeindlichen und genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues übernehmen soll.

Gegen diese beiden Anträge wendet sich eine ganz außerordentlich scharf gehaltene Eingabe, die der Schutzverband für deutschen Grundbesitz an den Reichstag gerichtet hat. Von einer Verringerung der Mieten wollen die Grundbesitzer nichts wissen, weil dadurch das Kapital von der Baulandung im Häuserbau abgedrängt würde. Nur Unterstützung des Kleinwohnungsbaues durch das Reich können sich die Grundbesitzer natürlich erst recht nicht erlauben. Seine Vertreter behaupten, daß der verstärkte gemeindliche und genossenschaftliche Kleinwohnungsbau ganz sicher die unerwünschte Wirkung hat, daß er die Wettbewerbsverhältnisse zugunsten des bestehenden Hausbestandes in ungenügender und den Bedingungen der privatrechtlichen Arbeit widersprechender Weise verdrängt und daß er zugleich die Vorsehung des Privatkapitals, sich im Kleinwohnungsbau zu betätigen, wesentlich einschränken muß. Schon jetzt ist diese Meinung sehr herabgestimmt, da infolge zahlreicher Landvolksleiter, Feuerfächer und sonstiger Eingriffe die Möglichkeiten einer ausreichenden Rentabilität sehr beschränkt worden ist. Trifft vollends dazu ein verstärkter Wettbewerb neuer Häuser von Seiten der Gemeinden und Genossenschaften, ein Wettbewerb, der nicht nur den für privatrechtliche Arbeiten geltenden Grundfragen vorzuziehen hat, dann wird die Sachlage für das Privatkapital so ungünstig, daß es sich von dieser Betätigungsart fast ganz zurückziehen muß.

Aus den ganzen Darlegungen ergibt sich nur die Sorge darüber, daß die Rentabilität der Verfertigung von Mietkasernen leiden könnte. Die Herren wünschen den Reichstag für eine Art „Auslöschung zum Schutze der Grundbesitzer“ zu halten, sonst hätten sie mit ihren derzeit begründeten Forderungen nicht an ihn herantreten können.

Die Fleischverteilung.

In der Fleischversorgung herrscht noch die bunteste Regellosigkeit. Von Einseitigkeit ist wenig zu bemerken. Die Reichsfleischkarte, die vor kurzem auch der Berliner Oberbürgermeister als notwendiges Mittel zur Verteilung bezeichnet hat, taucht zunächst nur in Wünschen und Korrekturen auf, die keine Aussicht auf Erfolg haben. In den einzelnen Städten und Versorgungsbereichen ist man noch nicht weit über Versuche hinausgekommen. Ein Bild der Verlegenheit in der Fleischversorgung gibt folgende Zusammenstellung:

In Chemnitz wird in der kommenden Woche das gegen die Fleischkarten auszugehauene Quantum Fleisch von 600 Gramm für den Kopf und die Woche auf 200 Gramm herabgesetzt.

In Herzogtum Anhalt-Deßau sollte vom 15. Mai ab die Fleischkarte eingeführt werden, und zwar lautete sie auf wöchentlich 625 Gramm ohne Knochen und 750 Gramm mit Knochen. Infolge des herrschenden Fleischmangels ist nun noch vor Einführung der Karte bestimmt worden, daß nur die Hälfte der auf der Fleischkarte angegebenen Gewichtsmenge entnommen werden darf.

Die Stadt Erfurt beschloß die Einführung einer Fleischkarte vom 15. Mai ab. Es sind pro Woche und Kopf 400 Gramm ohne Knochen und 500 Gramm mit Knochen festgesetzt.

Der Kreisbundunabwärtig Loigau beschloß die Einführung einer Fleischkarte für Kreis und Stadt Loigau. Diese berechtigt, den Inhaber für die Woche und den Kopf zum Bezug eines halben Pfundes Fleisch. Wer im Besitz von Fleischwaren ist, erhält nur ¼ Pfund für die Woche.

Dr. Halle A. d. S. bestimmte der Magistrat, um das Warten vor den Fleischkarten einzuführen, daß jede Haushaltung, die einen Fleischer wählen hat, bei den in ihren zukünftigen Fleischbedarf decken will. Dieser darf nur an die bei ihnen gemeldeten Kunden liefern.

Die Dresdner Behörden haben für Dresden und Umgebung die festgesetzte Menge von Fleisch oder Wurst auf ¼ Pfund pro Kopf und Woche festgesetzt, doch kann das Publikum für die übrigen Fleischwaren noch Dauerfleischwaren, Konservenfleisch, Wild oder Eingeweide kaufen.

Größere Beachtung verdient ein Versuch, den die Stadtverwaltung von Straßburg gemacht hat. Sie ist mit der Lebensmittelversorgung ihrer Bürger vielfach, vor allem in der Milchversorgung, vorbildlich vorgegangen und hat nun auch in der Fleischversorgung ihre eigenen Wege gefunden. Zunächst wurde eine allgemeine Umfrage über die Einkommensverhältnisse der Familien veranstaltet, um auf Grund ihrer Ergebnisse den Minderbemittelten mittels besonderer Ausweiskarten das Vorrecht zum Einkauf der billigeren Fleischwaren sowie der weniger lehrer städtischen Vorräte zu sichern. Um daneben eine gleichmäßige Verteilung des der Stadt überwiesenen Viehes an die Metzger und Wurstler zu ermöglichen, schaltete die Stadt das Großvieh selbst, verkauft die einzelnen Fleischviertel an die Metzger und übernimmt so die Geschäfte des bisherigen Großschlächters, dem die einzelnen Metzger nicht mehr nach Willkür überantwortet sind. Auch bei etwaigem weiteren Mangel der Schlachtungen bleibt so eine gerechte Verteilung gesichert. Die Stadt kann als Eigentümerin sämtlicher Schlachtabfälle dieselben zu einem festgesetzten Einheitspreis an die Metzgermeister abgeben und so der ärmeren Bevölkerung billigere Schlachtwaren sichern. Die Wurstler werden bei der Zubereitung des Fleisches durch die Metzger wie die Metzger behandelt nach der Maßgabe ihres bisherigen Bedarfs. Fleisch, Fleischabfälle und Eingeweide von Schweinen dürfen, soweit sie den Metzgern zur Verfügung stehen, auch zu Wurst verarbeitet werden. Die ganze Organisation unterliegt der bereits am 17. April in Kraft getretenen städtischen Fleischverorgungsstelle im städtischen Schlacht- und Viehhof.

Zur Regelung des Verbrauchs selbst, der übrigens in den letzten Wochen infolge der stark gestiegenen Fleischpreise wesentlich zurückgegangen ist, ist eine Verbrauchskontrolle vorgesehen, durch die verhindert werden soll, daß einzelne Personen zu große Mengen Fleisch, andre dagegen überhaupt kein Fleisch erhalten. Jeder Haushalt, der frisches Fleisch haben möchte, muß sich für einen gewissen Zeitraum einen bestimmten Metzger wählen, der dann vom Fleischamt angewiesen wird, diesen Kundenkreis unter allen Umständen zu bedienen. Zu diesem Zweck erhält jeder Metzger ein Kontrollbuch, in das die ihm zur Versorgung zugewiesenen Haushalte unter Angabe ihrer Kopfzahl eingetragen werden und worin der Metzger die an jeden Haushalt abgegebene Menge sofort beim Einkauf einzutragen hat. Der Haushalt erhält ein Nachweisbuch, in das die jedesmal gefasste Gewichtsmenge zu verzeichnen ist. Bei Erneuerungen der Nachweisbücher werden von der Stadtverwaltung Kontrollbücher und Nachweisbücher miteinander verglichen, wodurch ohne weiteres festgestellt wird, wieder frisches Fleisch jeder Haushalt verbraucht hat. Bei einer etwa notwendig werdenden Verringerung wird der Metzger angewiesen, auf jeden Kopf eine bestimmte Menge weniger als bisher abzugeben. Wurst- und Rindfleischverkauf wird nach den gleichen Grundfragen geregelt und beaufsichtigt. Verstöße gegen diese Bestimmungen können mit Einstellung der Weiterlieferung an den schuldigen Metzger bestraft werden.

Verlustliste Nr. 528.

Von Leutnanten, denen Truppen aus untern Bereich zugeordnet sind, verlor die Liste auf: Infanterie-Regiment Nr. 67, Infanterie-Regiment Nr. 68, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 66, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 74, Infanterie-Regiment Nr. 101, Infanterie-Regiment Nr. 181 und Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 227. Ferner enthält die Liste die Zusammenstellung Nr. 11 vom Vertrieben-Rotkreuz, darunter Infanterie-Regiment Nr. 105.

Notizen.

Steuerkonferenz der Bundesstaatischen Minister. Am heutigen Montag werden sich die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin versammeln, um in der Frage der neuen Steuern zu einer Entscheidung zu kommen. Die Besprechungen dürften zwei Tage in Anspruch nehmen.

Ein dritter Kriegswinter wahrscheinlich? Wie aus dem Haag gemeldet wird, begründet die holländische Regierung einen Antrag, 20 Millionen Gulden für die Lebensmittelversorgung des Volkes zu bewilligen, damit ein dritter Kriegswinter wahrscheinlich einleite. Dadurch würde die unbemittelte Bevölkerung in eine noch härtere Notlage geraten und ihre Unterbringung von Staats wegen unermesslich werden, da die Einfuhr von Nahrungsmitteln erschwert oder häufig unmöglich ist. Der Staat soll ¼ und die Gemeinde ¼ der Kosten tragen, um der unbemittelten Bevölkerung die notwendigen Lebensmittel zu liefern, die unter den festgesetzten Höchstverkaufspreisen sind, zugänglich zu machen.

Ein schwedischer „Fall Liebtnecht“. Auch der schwedische Reichstag hatte in dieser Woche einen „Fall Liebtnecht“ zu behandeln. Anlässlich der Berechnung des Abgeordneten Höglund zu zehnjähriger Zuchthausstrafe wies der Präsident der Zweiten Kammer auf eine Gesetzesbestimmung hin, wonach derjenige, der zu entzerrnder Strafe verurteilt ist, seines Mandats verlustig geht. Er beantragte deshalb, der Regierung Mitteilung zu machen, daß das Mandat Höglunds vakant sei. Dieser Vorschlag wurde von Branting bekämpft, der erklärte, jene Gesetzesbestimmung komme nicht in Frage, da Berufung eingelegt werde, und es sei Aussicht vorhanden, daß das Urteil aufgehoben werde. Der Antrag des Präsidenten wurde von den Führern der Liberalen und der Rechten unterstützt. Bei der Abstimmung legte aber Branting mit 94 Stimmen gegen 75. Ein Teil der Liberalen stimmte mit den Sozialdemokraten. Dieser Beschluß kann als eine deutliche Demonstration gegen das Urteil betrachtet werden.

Zur Lage in Griechenland. Den Athener Blättern zufolge haben die griechischen Gesandten in Paris und London ihrer Regierung mitgeteilt, daß die Regierungen der Alliierten nicht auf dem Transport serbischer Truppen durch Griechenland bestehen.

Französische Luftschiff verloren. Wie die Agence Havas meldet, ist ein französisches Luftschiff an der Küste von Gibraltaren in die Meer gestürzt. Die auf sechs Mann bestehende Besatzung ist errettet.

Die Sommerzeit in Dänemark. Der dänische Reichstag hat das Gesetz betreffend Einführung der Sommerzeit vom 14. Mai abends 11 Uhr bis zum 30. September angenommen.

Alle Angriffe abgewiesen.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 15. Mai 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten der Front war die beiderseitige Artillerie- und Patrouillentätigkeit lebhaft.

Versuche des Gegners, unsere neugewonnene Stellung bei Gulluch wiederzunehmen, wurden, soweit sie nicht schon in unserm Artilleriefeuer zusammenbrachen, im Nahkampf erledigt.

Im Kampfgebiet der Maas wurden Angriffe der Franzosen am Westhang des Toten Mannes und beim Callette-Walde mühelos abgeschlagen.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Reine besonderen Ereignisse.

Oberste Seeresleitung.

Französischer Tagesbericht.

W. T. B. Paris, 15. Mai. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Südlich von Doune wiesen wir einen Landkrieg gegen einen unserer Gräben im Bois Loges ab. Und der Gegend von Verdun wurde im Laufe der Nacht kein wichtiges Ereignis gemeldet, mit Ausnahme heftiger Beschützung der Gegend Toter Mann. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Der Abendbericht lautet: In den Argonnen bei Gille Morie ziehen wir zwei Minen sprüngen, die einen deutschen Schützengraben zerstörten. In der Gegend von Verdun kanonade mit Unterbrechungen in verschiedenen Abschnitten. Keine Infanterietätigkeit. Auf der übrigen Front verlief der Tag ruhig.

Depechen.

Amerika und England.

W. T. B. Neu-York, 14. Mai. (Funknachricht des Berichters von Wolffs Telegr.-Bureau.) Washingtoner Depechen melden, die Regierung bereite einen Protest an England vor gegen dessen Politik, Verschiffungen von Hilfsmitteln des amerikanischen Roten Kreuzes, wie für die Mittelmächte bestimmt sind, aufzubreiten. Staatssekretär Lansing hat einen Brief von dem früheren Präsidenten Taft erhalten, der jetzt Vorsitzender des Zentralkomitees des Roten Kreuzes ist, worin dieser eine solche Maßnahme dringend fordert. Taft's Brief brachte es zum erstenmal an den Tag, daß England es formell abgelehnt hat, die Erlaubnis für die Verschiffung von Hilfsmitteln an die Mittelmächte zu geben, außer wenn sie für amerikanische Hospitäler und sonstige Anstalten bestimmt seien. Diese Ausnahme, schrieb Taft, sei wertlos, weil infolge des Mangels an Mitteln das amerikanische Rote Kreuz seit Oktober v. J. in den kriegführenden Ländern keinerlei Anstalten unterhalten habe. Taft sagt in dem Briefe: Die Behörden des amerikanischen Roten Kreuzes sind der Ansicht, daß gemäß der Genfer Konvention, welche die Vereinigten Staaten und alle kriegführenden Mächte unterzeichnet haben, die Vereinigten Staaten ein verträgliches Recht haben, darauf zu bestehen, daß Artikel, die ausschließlich Kranken und Verwundeten dienen, in Form von Medizinartikeln von dem amerikanischen Roten Kreuz an das Rote Kreuz der Mittelmächte verschickt werden, nicht als Kanntware erklärt werden, sondern ihnen die sichere Ueberführung an ihren Bestimmungsort gestattet wird.

„New York Sun“ schreibt in einer Depeche aus Washington: Die anscheinend amtliche Antikündigung von Wilsons Absicht, an England über das Stadium seiner Blockadepolitik eine Note zu senden, wird hier für bedeutungsvoll gehalten. Abgesehen von ihrem offensichtlich menschenfreundlichen Beweggrund wird der Absicht des Präsidenten, die diplomatische Erörterung mit England, welche während des kritischen Stadiums des Unterseebootstreits zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zeitweilig geruht hat, wieder aufzunehmen, in diplomatischen Kreisen Bedeutung beigegeben.

Die Lage in China.

W. T. B. Berlin, 15. Mai. Die chinesische Gesandtschaft teilt über die Lage in China mit: Obwohl fünf Provinzen sich unabhängig erklärten, steht fest, daß die Kämpfe nicht fortbauern. Der Militärgouverneur von Hankang Generalfeldmarschall Fong Kuo-Chang, der Militärgouverneur von Anhui General Li Shih-Chung und der Generalinspektor der Streitkräfte in Tangstetal Chang Shuen habengemeinsam den Präsidenten Yuan telegraphisch gebeten, auf ihrem Posten zu verbleiben. Sie forderten die Provinzen auf, nach dem 15. Mai Vertreter zur Nationalkonferenz nach Hankang zu entsenden. Es steht außer Frage, daß die politischen Schwierigkeiten auf friedlichem Wege überwunden werden.

Kammer-Lichtspiele

Nur bis einschließlich Donnerstag:
Maria Carmi
 in dem hochdramatischen Drama
Küsse, die töten
 - 4 Akte -
 sowie das neue, reichhaltigste
 Monopol-Programm.

Panorama-Lichtspielhaus

Neu! Friedrich Spielhagens Neu!
 Erzählung 4228
Problematische Naturen
 - 5 Akte -
 Des Ereignis der Saison muß man gesehen haben.
 Nur bis einschließlich Donnerstag

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung und des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und dem Gesetz vom 11. 12. 1915 betreffend die Veränderung des Gesetzes über den Belagerungszustand wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet:
 Verboten ist jeder Verkauf von Zeitschriften aller Art, Zeit- und Illustrationsblätter, Sammelalben mit einer Vergrößerung von viermal und darüber, von optischen Teilen aller vorgenannten Gattungen, ferner von photographischen Objektiven in den Stärken 3,5, 6 und den Brennweiten von mehr als 18 cm, gleichviel ob diese in photographische Apparate und dergleichen eingebaut sind oder nicht. Das Verbot erstreckt sich auch auf die im Privatbesitz befindlichen Gegenstände der vorgenannten Art.
 Ausnahmen von diesem Verbot sind von der ausüblichen Verwaltung des stellv. Generalkommandos IV. A. K. abhängig.
 Peresangehörige dürfen in Zukunft Zeitschriften in heimischen Privatgeschäften nur kaufen gegen Vorlage einer mit Stempel und Unterschrift versehenen Bescheinigung ihres Truppendienstes. Aus dieser muß hervorgehen, daß die Zeitschriften zum Dienste bei der Truppe bestimmt sind.
 Zuwiderhandlungen werden, soweit die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.
 Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
 Magdeburg, den 6. Mai 1916.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps:
 Frhr. von Lyncker,
 General der Infanterie,
 à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Ich habe durch Bekanntmachung Nr. W. IV. 900/4. 16 KRA die Beschlagnahme und Bestandshebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art verfügt und durch Bekanntmachung Nr. W. IV. 950/4. 16 KRA Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art festgesetzt.
 Beide Bekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ersichtlicher Weise veröffentlicht worden.
 Magdeburg, den 16. Mai 1916.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
 Frhr. von Lyncker,
 General der Infanterie,
 à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Stephanshallen

Direktion Rich. Froherz
 Täglich abends 8 Uhr:
 Auf vielseitigen Wunsch!
**Original-Leipziger
 Fritz-Weber-Sänger.**
 Familien-Programm.

Wahalla THEATER

Gustav Klucks
 Jeden Abend 8 Uhr
Konzert und Spezialitäten.
 Bama - Trompetenkörpers.
 Charly Masch, Adolf Hächst, Hans Bayer, Carola-Duo, Carla Karlsen, Grete Wallno.
 Die karierte Frau.

Wilhelm-Theater.

Dienstag den 16. Mai
Film
 Mittwoch den 17. Mai
Die Leutche Susanne.

Topfrosen

10 St. 3.50, 100 St. 30.47 Zinn- u. Gl. Kleinfrosen in Topf 50 Hochkamm in 3 St.
 10 St. 1.75, 100 St. 17.50 Pflanzen, sehr stark, 100 St. 2 M.
F. W. Hübner & Co., G. m. b. H.
 Kaiserstraße 95, I. Raumschule Gübser Weg.

ZENTRAL THEATER

Beste 4 Tage: Die Fledermaus
 Ab Sonnabend:
 Die vorzüglichsten Operetten-Neuheit:
Die Perle der Frauen.

Frisch.Maitrank

Frische 1 Mt., Glas 15 Pf.
Schiller, Bürgerhof, Neustadt
 Neu eingetroffen!
 Kinderkleidch. bis Länge 65 2.50
 Kostümröcke 3. Aussehen 5.00
 Wollblusen zum Aussehen 3.00
 Kostüme, Knabanzüge usw. nur
Johannisstraße 7, Raden
Bermietungen.
Rothensee, Debischler Str. 32, 2 H. Wohnungen, à 180 Mk. s. 1. Juli zu vermieten.
Brandenburgstr. 10 Werkst. zu 10, 12 Mk. s. d.
 Weberstr. 4 Gartencaplane, 3 Zim., Küche, Korrid. ufm. s. d.

Bekanntmachung

Über Vertrieb und Ausführung von Karten und Geländebeschreibungen.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und dem Gesetz vom 11. 12. 1915 betreffend die Veränderung des Gesetzes über den Belagerungszustand wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit und im Verwaltungsinteresse verordnet:

A. Bestimmungen über den verbotenen „Vertrieb“ von Karten usw.

- I. Es dürfen nicht vertrieben werden:
 1. folgende Eisenbahnkarten:
 a) die Nebenfahrkarten der Eisenbahnen Deutschlands 1: 750 000 (bearbeitet im Reichs-Eisenbahnamt),
 b) die Nebenfahrkarten der Verwaltungsbezirke der Königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektionen 1: 1 000 000, bearbeitet im Ministerium der öffentlichen Arbeiten,
 c) die Nebenfahrkarten der vereinigten Preussischen und Hessischen Staats-Eisenbahnen 1: 600 000,
 d) die Karte der deutschen Eisenbahnen und ihre Anschlüsse im Auslande 1: 800 000, herausgegeben vom Geo-Verlag.
 2. Karten im Maßstabe von 1: 1 bis 1: 100 000 einschließlich, Reliefkarten ohne Rücksicht auf Maßstab und Geländebeschreibungen von
 a) dem Gelände des deutschen Schutzstreifens,
 b) dem im Osten und Westen besetzten feindlichen Gebiet,
 c) dem engeren Kriegsgebiet und der Umgebung von besetzten Plätzen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Über dieses Gebiet gibt, wenn nötig, der stellvertretende Generalkommandant Abteilung IIIb Auskunft.

II. Ausnahmen:

1. Der Vertrieb der in Nr. 1, 1 und 2 verbotenen Gegenstände ist an Truppenteile (nicht an einzelne Dienstleistungen), Wehr- und Staatsbehörden, Stadtverwaltungen sowie an Verwaltungen von Hochschulen und höheren Lehranstalten gestattet. Allen übrigen Kommunalbehörden, mittleren und niederen Schulen sowie einzelnen durchaus zuverlässigen Reichsdeutschen kann der Bezug von dem stellvertretenden Generalkommando gegen Erlaubnischein in geringer Zahl gestattet werden.
 2. Der Vertrieb der in Nr. 1, 2 verbotenen Gegenstände darf ferner freigegeben werden, und zwar:
 a) von Nebenfahr- und Orientierungskarten (auch in reliefartiger Ausführung), Kartenstücken einzelner oder als Atlas, in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern und sonstigen Drucksachen (Ankündigungen, Postkarten usw.), wenn sie nach der Art ihrer Darstellung auch im Falle der Vergrößerung militärisch wertlos sind,
 b) von Karten von Städten, Dörfern oder anderen Geländebereichen in Wochenschriften und andern Nachschlagewerken, deren Gebrauch im allgemeinen Interesse liegt, wenn sie nach der Art ihrer Darstellung militärisch wertlos sind, sowie genaue Bestimmung militärisch wichtiger Gebäude, Bahnhofs- und Anlagen gestatten,
 c) von Ankündigungen und Führern von Bädern, Kurorten und Sommerfrischen (Luftkurorten), wenn sie keine Karten, Pläne und Ansichten sowie sonstige Angaben enthalten, die unsern Gegnern von militärischem Nutzen sein können.

Die Freigabe zu a bis c veranlaßt das stellvertretende Generalkommando, in dessen Bezirk der Verleger seinen Sitz hat, und zwar im Einverständnis mit derjenigen Kommandobehörde, zu deren Bereich das dargestellte oder beschriebene Gebiet gehört. Die Freigabe wird durch Ausdrück fernerlich gemacht.

III. Sonstige Vertriebsverbote für Karten und Geländebeschreibungen von dem Gebiet der verbündeten Staaten, des neutralen und feindlichen Auslands bestehen nicht. Die Urheberrechte dieser Staaten oder ihrer Angehörigen dürfen aber nicht verletzt werden; dies gilt besonders für Erzeugnisse des feindlichen Auslands.

B. Bestimmungen über die verbotene „Aus- und Durchfuhr“ von Karten usw.

I. Es dürfen weder aus- noch durchgeführt werden:

1. nach dem feindlichen Ausland Karten und Geländebeschreibungen jeder Art;
 2. nach dem neutralen und verbündeten Ausland außer Desterreich-Ungarn (letzteres siehe Ziffer 3)
 a) folgende Eisenbahnkarten:
 aa) die Nebenfahrkarte der Eisenbahnen Deutschlands 1: 750 000 (bearbeitet im Reichs-Eisenbahnamt),
 bb) die Nebenfahrkarte der Verwaltungsbezirke der Königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion 1: 1 000 000, bearbeitet im Ministerium der öffentlichen Arbeiten,
 cc) die Nebenfahrkarte der vereinigten Preussischen und Hessischen Staats-Eisenbahnen 1: 600 000,
 dd) die Karte der deutschen Eisenbahnen und ihre Anschlüsse im Auslande 1: 800 000, herausgegeben vom Geo-Verlag.
 b) Karten, die von deutschen Militär- und Marinebehörden herausgegeben sind,
 c) Geländebeschreibungen, Reliefkarten und Karten, die deutsches, österreichisch-ungarisches und feindliches Gebiet des Ostens oder Westens betreffen, und zwar Karten:
 aa) im Maßstabe von 1: 1 bis 1: 100 000 einschließlich, wenn sie bereits vor dem 2. 4. 1916 bestanden haben,
 bb) im Maßstabe von 1: 1 bis 1: 300 000 einschließlich, wenn sie nach dem 2. 4. 1916 entstanden sind.
 d) Geländebeschreibungen, Reliefkarten und Karten, die Gebiete der Balkanländer, Kleinasien, Ägyptens und Persiens betreffen, und zwar ohne Rücksicht auf den Maßstab;

2. nach Desterreich-Ungarn:

- a) die unter Nr. 2, a und b genannten Karten,
 b) Karten im Maßstabe von 1: 1 bis 1: 100 000 einschl., Reliefkarten ohne Rücksicht auf Maßstab und Geländebeschreibungen von
 aa) dem Gebiet des deutschen Schutzstreifens,
 bb) dem im Osten und Westen besetzten feindlichen Gebiet,
 cc) dem engeren Kriegsgebiet und der Umgebung von besetzten Plätzen der österreichisch-ungarischen Monarchie;
 3. nach dem besetzten feindlichen Gebiet des Ostens und Westens
 die unter Nr. 3, a und b genannten Geländebeschreibungen, Reliefkarten und Karten. Die Ausfuhr anderer Karten usw. ist aber von der Zustimmung der dortigen Befehlshaber, also des Generalquartiermeisters, des Oberbefehlshabers Ost, der Generalgouverneure von Warschau und Belgien, abhängig.

II. Ausnahmen:

- Dem Aus- und Durchfuhrverbot unterliegen nicht:
 1. alle Sendungen an außerhalb des Reichs befindliche deutsche Militär- und Zivilbehörden.
 2. solche Sendungen, die von den militärischen Prüfungsstellen zur Ausfuhr freigegeben sind.
 Ferner kommen in Betracht:
 a) Nebenfahr- und Orientierungskarten (auch in reliefartiger Ausführung), Kartenstücke einzelner oder als Atlas, in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern und sonstige Drucksachen (Ankündigungen, Postkarten usw.), wenn sie nach der Art der Darstellung auch im Falle der Vergrößerung militärisch wertlos sind,
 b) Ankündigungen und Führern von Bädern, Kurorten und Sommerfrischen (Luftkurorten) des Schutzstreifens, wenn sie keine Karten, Pläne und Ansichten sowie sonstige Angaben enthalten, die unsern Gegnern von militärischem Nutzen sein können,
 c) Handatlanten, die auch Gebiete des Balkans, Kleinasien, Ägyptens und Persiens darstellen, sowie Globen, wenn sie vor dem 2. 4. 1916 bestanden haben und nach dem Maßstabe und der Darstellung militärisch wertlos sind.
 Die Genehmigung zur Ausfuhr erteilt das stellvertretende Generalkommando, in dessen Bezirk der Verleger seinen Sitz hat, und zwar im Einverständnis mit derjenigen Kommandobehörde, zu deren Bereich das dargestellte oder beschriebene Gebiet gehört. Die Freigabe wird durch Ausdrück fernerlich gemacht.

Zusatz.

Den Firmen des Buch- und Kartenhandels wird es zur Pflicht gemacht, daß sie über alle auffälligen Bestellungen aus dem In- und Ausland sofort dem stellvertretenden Generalkommando und so weiter Mitteilung geben.
 Zuwiderhandlungen werden, soweit die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.
 Die früher ergangenen Verordnungen vom 5. 7. 1915 und 27. 10. 1915 werden aufgehoben.

Anmerkung.

Der „Vertrieb“ umfaßt Verkauf, Ueberlassen, Verschenten, Zusetzen, Ausstellen, Auslegen oder sonstige im Reichsgebiet Verbreiten.“ Unter „Ausfuhr“ und „Durchfuhr“ ist der Versand und Verkehr über die Reichsgrenze zu verstehen.
 Unter den Begriff „Karten“ fallen alle Darstellungen der Erdoberfläche, gleichgültig, ob es sich um zentrale oder zentrale Wiedergabe oder um plastische Darstellung handelt. Zu „Geländebeschreibungen“ rechnen insbesondere Reiseführer, Ortsbeschreibungen, Fremdenführer und geologische Abhandlungen.
 Als „Schutzstreifen“ ist der Teil des Deutschen Reichsgebietes bezeichnet, der durch Angriffe von Luft- und Seefahrzeugen besonders gefährdet erscheint; er ist in einer bei den Landratsämtern und Polizeiverwaltungen ausliegenden Skizze durch grüne Färbung kenntlich gemacht und umfaßt im Süden das Gebiet südlich der Linde Salzburg, Rosenheim, Weilheim, Dietmannsried, im Westen das Gebiet von Müritzenberg, Baden, Hohenzollern, Glast-Erdingen, der Rheinpfalz und dann weiter nach Norden einen Grenzstreifen von etwa 100 km, im Norden das Küstengebiet in einer Breite von etwa 100 km.
 Ein Verzeichnis der in diesem Schutzstreifen liegenden Postblätter und Karten liegt ebenfalls bei den Landratsämtern und Polizeiverwaltungen zur Einsichtnahme aus.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps:
Frhr. v. Lyncker, General der Infanterie
 à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. 4390

*) Neue Ausgaben älterer Karten, die keine wesentlichen Veränderungen enthalten, gelten nicht als neu enthaltene Kartenwerke.

Tierfutter! Hundesteuer!

Unterirdischer Tierstall!

Wir erheben hiermit den schärfsten Einspruch gegen die von den Stadtverordneten beschlossene im höchsten Maße ungerechte Hundesteuer-Erhöhung und Führung der Hunde an der Leine sowie gegen den unterirdischen Tierstall im Altstädtischen Krankenhaus.
 Zu der am Dienstag den 16. Mai, abends 9 Uhr, im oberen Saale der Reichshalle, Kaiserstr. 18, stattfindenden
Hauptversammlung des Magdeburger Tierschutzvereins
 laden wir unsere Mitglieder hiermit dringend ein. In derselben soll Stellung genommen werden gegen die Erhöhung der Hundesteuer und das Führen der Hunde an der Leine. Wir bitten herzlich alle Hundebesitzer, die ihre treuen Hunde wegen Steuererhöhung oder Futtermangels abschaffen wollen, sie unter keinen Umständen zu verkaufen oder in sogenannte gute Hände zu geben. Die armen Tiere fallen alle den furchtbarsten, grauamsten Tierverleher zum Opfer. In einem Krankenhause wurden in 11 Monaten allein 1150 Tiere hingemartert. Lassen Sie lieber Ihren Hund durch Herrn Tierarzt Wädle, Kaiser-Wilhelm-Strasse 16, 2 Treppen, schmerzlos töten, dann kann er nie von der unerbittlichen Menschheit gequält werden. Wir bitten, uns alle Tierquälereien sofort anzuzeigen. Klingblätter über Tierfutter und Tierschutz werden gern unsonst versandt.
 Der Internationale Verein gegen die Tierquälerei hat in Deutschland mit 91 Vereinen über 280 000 Mitglieder.
 Der Vorstand der Ortsgruppe Magdeburg des Internationalen Vereins gegen die Tierquälerei:
 J. H. E. Trautmann, Vorsitzender,
 Alter Markt Nr. 23. Fernruf 4924. 3325
 Bitte ausschneiden und aufheben.

Bekanntmachung.

Am Sonntag den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet im (Eichschieber (Witwe Müller) in Weiterhülsen die
Generalversammlung
 der **Westerhüsen Schweine-Versicherungsgesellschaft** statt.
 Westerhüsen, 8. Mai 1916. Der Vorstand.
 Gustav Reichardt, Eisenacher Straße 8.

Magdeburger Verein für Stadtfahrwege

G. V.
 Unsere Schutzhütten, Anheißküche, Bräuden, Tafeln usw. sind in letzter Zeit wiederholt durch Beschreibungen, Messerschneide oder sonstige rohe Gewalt arg beschädigt worden. Das Strafgesetzbuch droht in den §§ 303 bis 305 Sachbeschädigungen dieser Art mit hohen Gefängnisstrafen. Auch der Versuch ist strafbar. Wir sichern jedem, der uns die Täter zur Anzeige bringt, so das die gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, eine angemessene Vergütung zu. Unsere Mitglieder bitten wir, uns bei Ermittlung der Täter nachdrücklich zu unterstützen.
 Der Vorstand:
 W. Bethge, Rechtsanwalt, Seestraße 12.

Arbeitsmarkt

Sticht. Scherenschmiede Schmiedegehellen selbständig Arbeiter für sofort gesucht 3322
und Stichtgehellen für sofort gesucht 3322
Bruno Heine, Maschinenfabrik, Rogauer Straße 13/54, sucht für sofort 3322
Ein jungen Schmiedegehellen sucht Fr. Otto, Niedermödeleben
1 Müller als Steinschärfer gesucht. **H. Schlüter & Co.** Mühleinfabrik Magdeburg-Neustadt, Lübecker Straße


Ältere tüchtige Dreher u. Schlosser

werden für hohen Lohn sofort gesucht. 431)
Grade-Motorwerke

Rückenatverkrümmung

hohe Schultern und Hüften bekämpft mit großem Erfolg bei Erwachsenen und Kindern mehr verstellbar
Geradhalter-Apparat
 Original-System Haas
 Mehrfach prelagiert, Ausführliche reich illustrierte Broschüre kostenlos.
Franz Menzel, Berlin, Köpenicker Straße 25, 3

Am Sonntabend nachmittags 3 Uhr starb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Mutter, Schmieger, Groß- und Großmutter
Frau Minna Krummieg geb. Rose
 im Alter von 82 Jahren.
 Die traurige Nachricht zeigt an
Theodor Krummieg nebst Angehörigen
 Leipziger Straße 40.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch vormittag 9 1/2 Uhr von der Kapelle des Südbriefhofs aus statt. 3327



Am 1. Mai fiel als Opfer des Weltkriegs mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Musiketier 3324
Ernst Schwingeweizen
 im Infanterie-Regiment Nr. 173, 3. Kompanie, infolge einer Minensprengung.
 Magdeburg, den 15. Mai 1916.
 Fr. Schwingeweizen.